

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich
2.— Reichsmark voraus zahlbar.
Unter Streifenband im In- und
Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration
Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Wissen“, „Aus der Himmels“,
„Frauenstimme“, „Der Kinder-
freund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild
in die Zukunft“, und „Kultur-
arbeit“ erscheint wochentäglich zwei-
mal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Anzeigen-
zeile 20 Pfennig, Reklamazeile
5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 25 Pfennig
(inklusive zwei fertige Zeilen),
leeres Wort 12 Pfennig.
Stellenangebote das erste Wort
15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig.
Familienanzeigen für Abonnenten
Seite 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft,
Lindenstraße 3, wochentäglich von
8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 21. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin 37 534 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 45; Disconto-Gesellschaft, Postfach 10000, Berlin.

Hintergründe von Tannenberg.

Sie starben „für den Kaiser“! — Der Außenminister wußte von nichts.

Heute beginnt der Deutsch-nationale Partei-
tag in Königsberg. Man wird auf ihm einen Erfolg feiern
können. Denn mit der Tannenbergfeier und der Rede
Hindenburgs ist seit längerer Zeit wieder ein bischen
deutsch-nationale Außenpolitik gemacht worden.

Bei Tannenberg gab es Generalsuniformen, schwarz-
weißrote Fahnen und ein Denkmal mit der Inschrift: „Seinen
für Kaiser und Reich gefallenen Kameraden“. Das ist
für Deutsch-nationale die richtige Luft. Für andere freilich,
die nach Millionen zählen, ist es eine Lüge und eine Be-
leidigung der Toten, wenn man behauptet, sie hätten für
Wilhelm II. ihr Leben geopfert. Der war es wirklich wert!

Bei Tannenberg gab es auch eine Rede Hindenburgs.
Man wird in Königsberg Hindenburg für diese Rede feiern.
Brachte sie doch die Erfüllung einer alten deutsch-nationalen
Forderung.

Die Deutsch-nationalen brauchen die Verherrlichung des
Krieges und den Streit um die Schuld am Kriege, weil sie
für ihre Parteizwecke Unruhe in der Außenpolitik
brauchen. Hat die internationale Verständigung sichtbare
Erfolge, dann nimmt von den nationalistischen Hehern bald
kein Hund ein Stück Brot mehr. Herrscht aber in der Außen-
politik diese Luft, dann blüht das schwarzweißrote Partei-
geschäft. Kriegsjucht und Völkerverhaß waren noch immer die
besten reaktionären Wahlmacher.

Darum der Jubel über die Hindenburg-Rede hier, darum
ihre freudige Ausschachtung durch die Nationalisten in
Frankreich. Für sie ist diese Rede, aus der sie herauslesen,
Deutschland wolle den Frieden von Versailles bei der nächsten
Gelegenheit annullieren, ein wahres Gottesgeschenk.

Gewonnen ist mit dieser Rede für Deutschland nichts.
Eher ist Schaden angerichtet worden. Die Deutsch-nationalen
aber jubeln — von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Denn
sie leben ja nur von den Schäden, die die deutsche Außen-
politik erleidet.

Ist das Auswärtige Amt, ist sein verantwortlicher Leiter,
Herr Stresemann, zur Beratung herangezogen worden,
bevor diese außenpolitische Aktion des Reichsoberhauptes von-

stattend ging? Halboffiziös ist diese Frage bejaht worden,
dreivierteloffiziös wird sie verneint. Denn die volkspartei-
liche „Kölnische Zeitung“, die sehr oft das Sprachorgan
Stresemanns ist, schreibt:

Die amtliche deutsche Außenpolitik hat mit Erörterungen über
die Kriegsschuldfrage nichts zu tun. Nur in den Kreisen der
Illusionspolitiker mag man noch glauben, daß durch Er-
klärungen über die Kriegsschuldfrage der Versailler Vertrag ins
Wanken gebracht werden könne. Nicht einmal der Spruch eines un-
parteiischen Gremiums, das Deutschland völlig von der Schuld am
Kriege freispricht, würde uns aus den Fesseln des Versailler Ver-
trages lösen. Die Grundfragen der Außenpolitik sind Machtfragen
und können nur in stetem Ringen um die Verbesserung der deutschen
Stellung unter den Völkern gelöst werden.

Die „Kreuz-Zeitung“ wünscht gegenüber diesem Artikel
der „Kölnischen Zeitung“ amtliche Aufklärung. Wir
schließen uns dem Wunsche an. Denn uns ist zwar bekannt,
daß Stresemann den Inhalt der Rede nicht gekannt hat, doch
ist auch uns eine amtliche Bestätigung dieser Tatsache er-
wünscht.

Wenn eine außenpolitische Aktion unternommen wird,
bei der der Außenminister nicht um seinen Rat gefragt wird,
dann ist es nur korrekt zu erklären, die amtliche Außen-
politik habe mit dieser Aktion nichts zu tun. Das ist dann
aber das, was wir neulich als das Gegeneinander-
und Durcheinanderregieren bezeichneten.

Also, wir bitten — mit der „Kreuz-Zeitung“ — um amt-
liche Aufklärung.

In Königsberg wird nun ein großes Entrüstungsschießen
gegen diejenigen beginnen, die den Mut haben zu sagen, daß
sie von der außenpolitischen Aktion des Reichspräsidenten und
ihren Begleitumständen alles eher als entzückt sind. Solche
sogenannt „nationale“ Entrüstung macht sich immer gut und
wird von den Dummen sogar ernst genommen.

Die anderen werden begreifen, daß zum Heil von
Volk und Vaterland nichts dringender notwendig ist
als die Bekämpfung des deutsch-nationalen Phrasen- und
Geschäftspatriotismus.

Reichspolitik und Städte.

Zum Städtetag in Magdeburg.

Von Paul Herj.

Unter den kommunalpolitischen Tagungen dieser Woche
darf die Hauptversammlung des Deutschen Städte-
tages in Magdeburg die größte Bedeutung bean-
spruchen. Als Vertretung aller deutschen Städte mit über
10 000 Einwohnern ist sie eine politische Macht, deren Ent-
scheidungen sowohl von der Öffentlichkeit als auch von den
politischen Instanzen ernsteste Beachtung geschenkt werden
müssen. Das einzige Thema: Reichspolitik und Städte ist dazu
angeboten, dieses Interesse zu steigern, zumal es Gelegenheit
gibt, sowohl die Klagen als auch die Forderungen der Städte
zu erheben und ihre Beziehungen zum Reich, zu den Ländern
und zur Wirtschaft zu klären.

Die Aufgaben der Gemeinden sind in den letzten Jahr-
zehnten ungeheuer gewachsen. Sie waren niemals größer
als während des Krieges und nachher. Das gilt nicht nur
von ihren freiwilligen Aufgaben. Die ihnen zwangsweise
auferlegten Aufgaben wachsen ebenfalls von Jahr zu Jahr.
Nicht im gleichen Maße liebevoll ist die Fürsorge von Reich
und Ländern für die Finanzbedürfnisse der Ge-
meinden. Oftmals wurden ihnen Aufgaben übertragen, ohne
ihnen die Mittel zu liefern, die ihre Erfüllung erfordert.
Häufig umstritten ist auch die zentrale Regelung wich-
tiger Arbeitsgebiete durch das Reich. Sie hat oftmals zu
dem Vorwurf geführt, es mangle an Verständnis für die
Tätigkeit der Gemeinden, man wolle sie beordern und
ihre Selbstverwaltung einschränken. Alles das ist kürzlich
von einem hervorragenden Kommunalpolitiker in die Worte
gekleidet worden: Der Herzschlag des Parlaments für kommu-
nale Dinge sei sehr schwach.

Der objektive Beobachter der Auseinandersetzungen
zwischen Reich und Gemeinden kann nicht bestreiten, daß
ein Teil der Klagen und Vorwürfe berech-
tigt ist, obwohl manche Maßnahmen des Reiches mehr
durch seine eigene Zwangslage als durch bösen Willen oder
mangelndes Verständnis verursacht ist. Man muß deshalb
wünschen, daß die Erörterungen auf dem Städtetag dem
Rechnung tragen und sich durch Sachlichkeit und Verständnis
für die berechtigten Gründe der anderen öffentlichen Körper-
schaften vor anderen Tagungen auszeichnen. Nur wenn das
geschieht, kann auch die Diskussion über die Selbstverwaltung
fruchtbar sein. In der bisherigen Diskussion darüber haben
männigfache Irrtümer vorgeherrschet. Auf vielen Gebieten
ist die zentrale Regelung durch das Reich eine unerlässliche
Folge der Einheit unseres Wirtschaftsgebietes und eine ebenso
wichtige Voraussetzung für eine wirkliche, den örtlichen Ver-
hältnissen angepaßte Selbstverwaltung. Zentrale Re-
gelung auf gewissen Gebieten und Selbst-
verwaltung sind ebensowenig Gegensätze
wie Einheitsstaat und Selbstverwaltung.
Beides kann und muß sich ergänzen und wird nur dann einen
wirklichen Fortschritt darstellen.

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, die Selbstverwaltung
sei gefährdet, weil durch die zentrale Regelung durch das
Reich der Bewegungsraum der Gemeinden eingengt werde.
Selbstverwaltung kann nie sein völlige Freiheit, sondern
immer nur Freiheit in einem gewissen Rahmen, Freiheit
dort, wo das Interesse der Gesamtheit nicht
im Wege steht. Wenn heute die Selbstverwaltung in
wachsendem Maße bedroht wird, so geschieht das aus einem
ganz anderen Grunde. Unter dem Dreiklassenwahlrecht, das
bis 1918 für die Gemeindeparlamente fast aller Bundes-
staaten galt, herrschten in ihnen nicht die Volksmassen, son-
dern eine kleine Schicht Privilegierter. Durch das allgemeine
und gleiche Wahlrecht zu den Gemeindeparlamenten hat das
Volk sein örtliches Schicksal allein zu bestimmen. Die Selbst-
verwaltung hat dadurch ihren Charakter völlig verändert.
Früher eine Selbstverwaltung des Bürgertums, ist sie
jetzt eine Selbstverwaltung des Volkes geworden. Das
ist die wahre Ursache für den Kampf gegen die Selbstver-
waltung, der besonders von den Schichten geführt wird,
denen der Gedanke unerträglich ist, daß sie dauernd auf
frühere Vorrechte verzichten sollen. Der Kampf um die
Selbstverwaltung ist also nicht ein staatspolitischer, sondern
ein sozialer Kampf.

Die beste Bestätigung dafür ist der Kampf, den das
Unternehmertum gegen die Gemeinden
führt. Er ist in den letzten Jahren mit einer Heftigkeit
und Unsaftlichkeit geführt worden, die die Gemeinden oft-
mals zur Gegenwehr veranlaßt haben. Das gilt sowohl von
den Klagen über die finanzielle Miswirtschaft der Gemein-
den, als auch von dem Kampf gegen die Gemeindeunter-
nehmungen. Auch ist für das Verlangen nach Mitwirkung
der Berufsvertretungen der Unternehmer bei Festsetzung der
Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden kein anderer
Grund anzuführen, als die Sehnsucht der Unternehmer nach
einer Kontrolle der aus allgemeinen und gleichen
Wahlen hervorgegangenen Vertreter des Volkes. Diese
Kräfte sind daher für die Selbstverwaltung der Gemeinden

Der Sejm wieder geschlossen.

Die Flucht vor der Verantwortung.

Warschau, 20. September. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat der verfassungsmäßigen Tätigkeit des Par-
laments ein plötzliches Ende bereitet, um die Annahme eines Miß-
trauensvotums zu verhindern. Vizepremier Bartel verlas sofort nach
der Eröffnung des Sejms eine Verfügung des Staatspräsidenten,
wonach die außerordentliche Session um 30 Tage verschoben wird.
Die Abgeordneten reagierten auf diesen antidemokratischen Akt
durch Jurahe wie „Feiglinge“ und „Wo bleibt die Verfassung?“

Die nächste Sitzung dürfte infolgedessen erst am 25. Oktober
sein. Man nimmt an, daß die Regierung dann die Haushaltsvorlage
unterbreiten wird. Die Wahlperiode, die eigentlich im Herbst ab-
läuft, wird dadurch automatisch bis zum Herbst 1928 verlängert,
zumal die Regierung Neuwahlen nicht wünscht.

Diese Handlungsweise der Regierung hat gewaltige Entrüstung
bei denjenigen hervorgerufen, die bisher trotz der antidemokratischen
Tendenz der Regierung zu Mißtrauen noch ein gewisses Vertrauen be-
wahrt hatten. Hat es sich doch jetzt mit aller Deutlichkeit gezeigt,
daß die Regierung sich über die in der Verfassung festgelegte Tren-
nung von Exekutive und Legislative hinwegsetzt. Damit vereint die
Regierung beide Gewalten in ihrer Hand, übt

tatsächlich diktatorische Gewalt

aus und unterdrückt jeden Versuch des Parlaments, ihre Hand-
lungen zu kritisieren oder gar eigene Gesetze zu beschließen. Da
Mißtrauen der stets wachsenden Unzufriedenheit der
breiten Massen, wie sie eben erst der Ausruf der freien Ge-
werkschaften mit der Ankündigung schließen ließ, einer bourgeoisen
Diktatur die Diktatur der Arbeiterklasse entgegenzustellen, kein Ventil
durch Neuwahlen gewähren will, so muß mit der Möglichkeit
innerpolitischer Komplikationen gerechnet werden. Im „Robotnik“ kennzeichnet Genosse Niedzialkowski das
Ereignis des heutigen Tages als eine Flucht der Regierung vor der
Abrechnung, der sie aber schließlich doch nicht entgehen wird. Das
Gebot des Augenblicks sei für die polnischen Sozialisten, die breiten
Massen zu organisieren. Die Minister scheinen vergessen zu haben,
daß das parlamentarische System die Grundlage der
polnischen Verfassung bildet; wenn jetzt Minister den gegen-
wärtigen Sejm beschließen, so träfen sie damit in gleicher Weise den
Parlamentarismus und die Regierung selbst. Es dürfte nicht ver-

gesen werden, daß Polen erst seit acht Jahren besteht und zu
schwach für derartige Experimente sei. Erst vor we-
nigen Tagen, so schreibt Niedzialkowski, habe ihm gegenüber ein
hervorragender sozialistischer Theoretiker seiner Verwunderung über
den grenzenlosen Leichtsinns der augenblicklichen polnischen
Regierung und der polnischen Öffentlichkeit Ausdruck gegeben.

Völkischer Mann über Bord.

Warschau, 20. September.

Wegen schwerer Korruption bei Gasmaskenlieferungen
ist leghin ein General zu jahrelanger Freiheitsstrafe verurteilt
worden. Jetzt hat wegen Beteiligung an dieser faulen Sache der
Abg. Poppel, Führer der „Nationalen Arbeiterpartei“, sein
Mandat niedergelegt.

Die litauische Kachejustiz.

Zimmerhin werden nicht mehr alle Todesurteile vollstreckt.

Riga, 20. September.

Von 20 Angeklagten, die der Befehlung an der Lettogenet
Revolle überführt wurden, sind acht zum Tode, neun zu
lebenslänglicher Zwangsarbeit und die übrigen zu
Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sieben Todesurteile wurden
in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt, der achte Verurteilte
sogar nach Urteilsverkündung hingerichtet.

Stresemann will Energie zeigen.

Auf ein Telegramm aus Königsberg hat Außenminister
Stresemann aus Genf mit dem Hinweis auf die bevorstehenden
Berliner Verhandlungen mit Bolschewikas geantwortet; er schließt:
„Ich werde mich auch weiterhin auf das Nachdrücklichste dafür
einsetzen, daß durch diese Verhandlungen den Remelländern die
ihnen durch das Remelstatut gewährleisteten Rechte in
vollem Umfange gewährleistet werden.“

Schämt sich der Innenminister?

Der litauische Innenminister, Oberstleutnant Rustekis, ist
zurückgetreten und wieder in die Armee eingestuft worden.

ungleich gefährlicher als diejenigen, die der Reichsgewalt eine Vorrangstellung einräumen wollen.

Die Stärkung der Reichsgewalt ist ohnedies eine Entwicklung, die aus der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands zwangsläufig herauswächst und, wie von autoritativer kommunalpolitischer Seite anerkannt worden ist, unaufhaltsam ihren Fortschritt nimmt. Bereits vor Jahresfrist hat der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. M u l e r t, in einem Aufsatz der „Frankfurter Zeitung“: „Staatspolitische Wandlungen“ auf die inneren Gründe aufmerksam gemacht, die zu der Ausdehnung der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches führen. Er anerkennt, daß die daraus entstehenden Schwierigkeiten nicht mit kleinen Mitteln überwunden werden können, „sondern daß eine grundlegende Reform den gesamten Zuständigkeitsbereich des Reichs, der Länder und Gemeinden erfassen muß“. In der Tat ist die Neuregelung der Beziehungen zwischen dem Reich und den Gemeinden und den Ländern und den Gemeinden das Entscheidende.

Wenn das Reich materiell für die Gemeinden wesentlichste Fragen mehr und mehr selbst regelt, und zwar sowohl bei den Ausgaben, als auch bei den Einnahmen, dann ist der bisherige staatsrechtliche Zustand nicht mehr aufrechtzuerhalten. Gemeindegemeinschaften sind dann eben nicht mehr Länderangelegenheiten, sondern sie sind Reichsangelegenheiten. Der bisherige Zustand, der die Gemeinden in völlige Abhängigkeit von den Ländern bringt, wird unhaltbar. Schon bisher hat er dazu geführt, daß die Lasten immer weiter abgewälzt wurden und von den Gemeinden getragen werden müssen. Der letzte Finanzvergleich hat das besonders deutlich gezeigt. Und wenn auch nicht in allen Ländern die Gemeindegemeinschaften ebenso brutal mißachtet wurden wie in Bayern, so ist doch die Tendenz überall die gleiche: Einschränkungen, die das Reich Ländern und Gemeinden auferlegt, werden von den Ländern den Gemeinden allein aufgebürdet.

Im Interesse der städtischen Bevölkerung, deren Lebensschicksal und Daseinsmöglichkeit in weitestem Umfang von blühenden örtlichen Gemeinwesen abhängt, darf der Städtetag an dieser Entwicklung nicht vorbeigehen. Er kann von den Reichsgewalten verlangen, daß den Gemeinden der notwendige Spielraum für die Erfüllung ihrer umfangreichen und bedeutsamen Aufgaben gewährt wird. Er muß aber auch erkennen, daß in der heutigen Lage Deutschlands die Abhängigkeit der Gemeinden von den Ländern zu einem Hemmnis der Selbstverwaltung geworden ist und die vielfachen sozialen Aufgaben der Gemeinden erschwert. Mit Recht hat der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Landmann auf der Tagung des Reichsverbandes der Industrie gesagt: „Das Letzte und Bedeutsamste im wirtschaftlichen Produktionsprozess sind nicht die Maschinen, sondern die Menschen.“ Deutschlands Wiederaufbau vermag deshalb keine nur durch antisoziale Interessen verursachte Beschränkung der Selbstverwaltung. Die Gemeinden brauchen Freiheit für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Arbeit.

Preußen und das Schulgesetz.

Abänderungsanträge mit ausführlicher Begründung beschlossen.

Das preussische Kabinett hat am Dienstag die seit Wochen gehenden Erörterungen über den Reichsschulgesetzentwurf der Reichsregierung abschließend beraten und einstimmig einer ganzen Reihe von Abänderungsanträgen zugestimmt. Es wurde gleichzeitig beschlossen, die Stellungnahme des preussischen Kabinetts zu dem Reichsschulgesetzentwurf in einer ausführlichen Begründung niederzulegen.

Zwei Berliner Bilder.

Von Gerhildand.

Lustige.

Da ist in der großen Stadt irgendwo, ganz abseits, ganz verloren, ein Mummelplatz. Und da tummeln sich die Menschen, die Arbeit wollen und keine haben und jene, die ihren Leid für dreieckige Groschen hergeben und doch Mensch sind. Doch nicht Tier sind, wie diese Kratzecker es wollen. Mensch wie du. Da ist nun eine Nacht voll erdbeerender Schwüle, mit vorbeifahrender Stadtbahn, lauren Gurken, Leierkasten und Geschrei. Die kleinen untauschen Mädchenlein harrten der Aerie, die da Moos haben, die Anreißer tauchen: Soeben ist Anfang und Beginn, irgendwo aber lautet Lustige. Armer, miserabler Lustige. Wie stoßen ihn, treten ihn, denn sie verstehen es hier nicht besser und wer bringt ihnen Mitleid entgegen... Die Mädchenlein, die mit den entstellten Leibern, stehen ihn, die Männer hänseln ihn, und „Ach liebe Du“ piepst Lustige auf dem Kehrichthaufen, mit dem alten Strohhut auf dem Kopf, dem Regenschirm in der Hand. Lustige ist dreißig Jahre alt, Lustige ist geforderter Koch. Da kam denn... Kein nicht doch... Einmal wird Lustige nicht mehr hier sein. Dann wird er im Hof all derer sein, die hinausziehen mit den Hoffnungen und den Sächten wie auch ihr. Sie aber sind gestrandet am Leben, an unserer Art zu pervertieren, an vermaldeiter Seuche und der Liebe. O Liebe, O Lustige, armer, kleiner Lustige, der du auf dem Kehrichthaufen sitzt, auf dem Kehrichthaufen am Mummelplatz irgendwo beliebigen großen Stadt, irgendwo, ganz abseits, ganz verloren...

Die Nacht am Bülowbogen.

Wenn der Morgen graut, ist alles vergessen, ist der Spat vorbei, rattern die Bahnen, hupen die Autos...

Doch nachts. Dann erwachen hier die Süchte, regt sich der animalische Trieb, tarzelt De. Reigt der Bourgeois, lockt Bi, die rote, die Kaiserin der Dirnen, sind die Lokale geöffnet den Gästen, reichen, pervertieren Gästen. Sommernächtlich, wenn der Mond hernieder blakt, und die miserablen Anablen den Lüften sich opfern, wenn die ganz armseligen Gassenherinnen, Leidensläuferinnen harrten, dann bahnt Satanas sich seinen Weg zu diesen Miserablen. Fünf Minuten entfernt ist der große Boulevard mit leuchtenden Spiegelscheiben, mit Cocktail und Jazzbanden, mit Seide und Perlen und blinder Mädchenhaut. Zwei Minuten entfernt ist die große Straße zur City. Und hier ist Tierheit, Lust und Fron, Glend und Vergessen, Tollheit, Stumpfheit und Instinkt. Hier, ach hier, sind die Caféhäuser nicht wie am Boulevard, die der Heuchler, sind die in der Wulststraße, die der realen Praktik, hier sind es die Caféhäuser, Lokale, Kaskemmen der Lünche, Schminke, der wüsten oder verbotenen Gemeinheit. Ach, wenn die Laternen ihr funkelndes Licht verbreiten, dann stehen sie Leiber und doch Menschen, Kurweiber und doch hungrige Seelen, stehen sie nicht wie am Boulevard die süßsauberen Damen, nicht wie an der Wulststraße die oftundbligen Dirnen, dann stehen sie am Bülowbogen, mit Lünche auf den nackten Seelen und Krauswoll zwiefältig.

Nachts, wenn Bi, die rote, lockt und die Spahbahn über den Bülowbogen rattert, bahnt sich Satanas seinen Weg, doch wenn der Morgen graut, ist alles vergessen, ist der Spat vorbei...

Die Flaggenfrage am Hindenburgtag.

Halber Rückzug der Hoteliers.

Ein Vertretertag der Hotelbesitzer hat in Magdeburg beschlossen, am 2. Oktober, dem 80. Geburtstag des Reichspräsidenten Hindenburg, „keinem zu Liebe und keinem zu Leide die ruhm- und ehrenvolle Vergangenheit und die arbeits- und schicksalschwere Gegenwart des deutschen Reiches zu ehren“. Das heißt, ins Konkrete übertragen, die Hoteliers werden schwarzrotgold und schwarzweißrot flaggen.

Im Vergleich zum bisherigen Zustand bedeutet der Beschluß einen Fortschritt. Der Boykott der Reichsflagge, der die preussische Regierung und die Vertreter der Stadt Berlin zu Gegenmaßnahmen nötigte, ist fallen gelassen worden. Das Nachgeben der Hoteliers fällt um so mehr ins Gewicht, als man am 11. August ursprünglich beabsichtigt hatte, nur die schwarzweißrote Fahne zu zeigen. Die deutschnationale Regierungs- und Richtlinienpartei, die am Verfassungstag Schuller an Schuller mit den Hoteliers gestanden hatte, bemüht sich auch jetzt wieder, den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten zu einer antirepublikanischen Demonstration zu mißbrauchen. Sie fordert dazu auf, die Reichsflagge wie am Verfassungstage zu boykottieren und schwarzweißrot zu flaggen. Die Hoteliers werden ihr diesmal keine Gefolgschaft leisten. Der Erziehungsunterricht der preussischen Regierung und der Stadt Berlin hat seine Wirkung nicht verfehlt.

Allerdings, den Mut zur Klarheit läßt der Entschluß vermissen. Man wird den Präsidenten der Republik nicht eindeutig durch die Fahne der Republik ehren, sondern zu gleicher Zeit die Farben des Kaiserreichs zeigen, indem man sich auf den ehemaligen kaiserlichen General beruft. Die letzte Entscheidung wird damit aufgehoben. Umgehen läßt sie sich auf die Dauer nicht. Ehrt man die Persönlichkeit Hindenburgs durch schwarzrotgold und schwarzweißrot, so wird man die Republik fortan logisch durch das schwarzrotgoldene Reichsbanner allein ehren müssen!

„Schwarz-Rot-Gelb.“

Ein Meisterstück journalistischer Lausbüberei.

Die republikanische Presse einschließlich der Zentrumsprelle hat schon sehr oft gegen die Bezeichnung der Reichsflaggen als „Schwarzrotgelb“ durch die Schwarzweißroten Verwahrung eingelegt. Warum, das wissen die Schwarzweißroten selber am besten.

In der Zeit nationalsozialistischer Ueberchwangs — so um den Rathenau und den Hitlerputz herum — sagten die Schwarzweißroten statt „Schwarzrotgelb“ — „Schwarzrotgelb...“ Als wegen dieses Ausdrucks Bestrafungen erfolgten, zog man sich aus dem Misset ins Speisezimmer zurück und sagte „Schwarzrotmörklich“. Und erst als auch dies gefährlich wurde, kam man auf die delikte Formel: „Schwarzrot gelb“. Diese Formel ist jetzt allgemein geworden, sie dient der bestimmten Absicht, ohne eigene Gefahr Andersdenkende herauszufordern und zu verlegen.

Nun hat die „DZ“ den gutgemeinten, wenn auch unpolitischen Vorschlag gemacht, zu Ehren Hindenburgs im Flaggenstreit einen Waffenstillstand einzutreten zu lassen. Darauf antwortete die „Kreuzzeitung“ mit einem Artikel, dessen erster Satz eigentlich schon alles sagt:

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird der Vorschlag gemacht, anlässlich des 80. Geburtstages des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einen Waffenstillstand zwischen den Flaggen Schwarzweißrot und Schwarzrotgelb zu schließen.

Man muß zugeben, in prägnanterer Form konnte der „Waffenstillstand“ nicht abgelehnt werden. Wir stehen nicht an, diesen Satz der „Kreuzzeitung“ als ein wahres Meisterstück journalistischer Lausbüberei zu bezeichnen.

Musikanten.

Es war spät geworden. Zu lange hatten wir mit Landeleuten in Santa Margherita beim perlenden Chionti gefessen, als daß wir noch die letzte Bahn nach Rapallo erreicht hätten. Es tat uns nicht leid. Die Straße von Santa Margherita nach Rapallo führt dem Meer entlang und durch Orangenheime. Der Mond stand am staubblauen Himmel. Und die Nacht war schön.

Wir wanderten, hohl klangen unsere Schritte auf dem Straßengpflaster. Irgendwo brannte ein einsames Licht. Alles schlief, ruhte, — amete Frieden. Steil wühlte sich die Straße über dem Meer, das leise und vertraulich gegen das Meer plätscherte und das Mondlicht aufzog. Schlanke Pinien erzählten sich flüsternd seltsame Geheimnisse.

Aus der Dunkelheit erlöhten Schritte. Sie kamen näher und näher. Und jetzt standen sie vor uns, die vier Musikanten, der eine aus Rapallo, der andere aus Bologna, der dritte aus Tarant und der vierte ein verpörriger Oesterreicher aus Fiume. Schon früher einmal hatten wir sie getroffen, als sie in einem Rapalleer Grandhotel bläselten Gents um einen Hundelohn zum Tanz aufspielten. Und damals hatten wir sie bedauert, weil wir den Zwang fühlten, mit dem sie ihre acht Stunden absolvieren.

Der Geiger nahm die Geige und legte seinen Geigenkasten in den Straßengraben. So sorglos wie eine Mutter in die Wiege ihr Wiegenkind. Der Harzer entfernte das Wachsstück von seiner Harle und setzte sich bereit an den Straßenrand. Der Cellist spielte rieb seinen Bogen geschmeidig und der Sänger redete den Kopf hoch und sah stolz wie ein König hinweg über das feuerglühende Meer.

Und während die Brandung ihr ewiges Lied rauschte und in den Zitronenbäumen Mirladen von kleinen Leuchtchen schwärmten, rang sich eine Melodie durch die Welt, klagend und einsam, rührend und zitternd, eindringlich und klar.

Dann wechselte der Rhythmus. Heftig und ungestüm führte die Geige. Drohend und dumpf wie ein ernes Gemitter rollte das Cello. Hart klang die Harle wie brechendes Glas. Und dann tobte er los, der todwunde Heimgewehrschrei des Sängers, der durch die Welt irren muß und nirgends zu Hause ist, dessen Nachfolger die Geige bedeutet, auf den von den Mitmenschen der Hund gebellt wird, und der zu seinem Vater im Himmel steht: Warum hast du mir das getan?

Doch durch die Nacht spannt sich Sternentarbeit und aus tausend Blüten duftet Sommer und Lust. Die jagenden Dissonanzen erlösen sich in Harmonien und die gärende Wölheit wird zu einer alles umfassenden Einheit. In einem jähen Jubel zerfließt die Musik.

Lautlos packten die vier Musikanten ihre Instrumente ein. Auf den Zehenspitzen tappete sie davon, um den Frieden nicht zu stören, der von oben gekommen ist. Der Mond tritt hinter eine Wolkenwand. Und in der Ferne kündigt ein lichter Streifen das Nahen eines neuen Tages. Gideon Giffels.

Thomas Mann über Harry Domela. Thomas Mann hat an den Mail-Bericht, der das Domela-Buch herausgibt, folgende Zeilen gerichtet: „Für die freundliche Ueberleitung der Remoiren von Domela danke ich bestens. Es leuchtet Sie ein ganz richtiger Instinkt, als Sie glauben, mich besonders auf das Buch hinweisen zu müssen. Ich hatte es längst gekauft und mit außerordentlichem Interesse und

Die Geschichte des Denkmalfahrstuhls.

Oder: Was ist nationale Gesinnung?

Das „Berliner Tageblatt“ hat von einem Industriellenverband eine Zuschrift erhalten, die für die wahrhaft nationale Einstellung der Erbpächter deutscher Belange bezeichnend ist. Es handelt sich nämlich um den Fahrstuhl im Lannenbergdenkmal, mit dem die Besucher auf die Zinnen getragen werden, um die umliegenden Schlachtfelder zu überschauen. Dieser Aufzug ist ein Geschenk an den Lannenberg-Nationaldenkmalsverein. Die spendende Aufzugsfirma aber gehört einem Lande an, das im Kriege gegen das deutsche Heer gefochten hat. Das „B. T.“ meldet:

Das Verhalten der Firma (Zweigfabrik in Deutschland, aber völlig in ausländischem Besitz) gibt keine Rätsel auf; denn sie war sich bei Angebot des Geschenkes klar, daß ihr eine solche Spende für das deutsche Nationaldenkmal sehr gut zu dienen konnte, über ihren ausländischen Charakter hinwegzusehen. Wohl aber muß es aufs stärkste bestreben, daß der Lannenberg-Nationaldenkmalsverein diese Spende angenommen hat, obwohl ihm die Verhältnisse bekannt waren. Selbst wenn im Falle der Ablehnung die Besucher das Denkmal zu Fuß hätten ersteigen müssen, wäre eine höfliche Zurückweisung der ausländischen Stijung ein Gebot nationaler Würde gewesen. Ganz ungreiflich aber muß die Annahme der Spende erscheinen, wenn man hört, daß deutsche Aufzugsfirmen ebenfalls falls die geschenkweise Lieferung des Aufzuges angeboten hätten.

Nach den Informationen des demokratischen Blattes hat die ausländische Firma, um die es sich handelt, ihren Hauptsitz in New York. Der Denkmalsauschuß soll zunächst mit ihr über einen Kauf verhandelt haben, und als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es doch auch deutsche Aufzugsfirmen gebe, soll die New-Yorker Firma erklärt haben, daß sie den Fahrstuhl für das Lannenbergdenkmal als Geschenk stiftete. Darauf ist dem Auschuß von den deutschen Firmen mitgeteilt worden, daß er auf Wunsch auch einen Aufzug deutscher Erzeugung erhalten könne, aber er gab dem ausländischen Angebot den Vorzug...

Man sieht also aus dieser Geschichte wieder einmal, wie schwer es ist, festzustellen, was wirklich national ist! Nach der Auffassung der Herren vom Lannenberg-Nationaldenkmalsverein muß man, um hiesigen national zu sein, Nationaldenkmäler errichten, bei denen man sich das Material vom „feindlichen Ausland“ schenken läßt.

Der Mensch lernt eben niemals aus! Aber dennoch drängt sich die Frage auf: Wie würden „Deutsche Zeitung“, „Kreuzzeitung“ und ihre Kumpane um Hugenberg über „infamen Internationalismus“ schimpfen und zeteren, wenn beispielsweise das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gelb sich das Material für ein Eberl-, Rathenau- oder Erzberger-Denkmal im „feindlichen Ausland“ schnorren würde?

Über so etwas kommt natürlich bei den „antinationalen“ Parteien absolut nicht in Betracht!

Die Mietsteigerung im Oktober.

Schwerin, 20. September. (MVB.)

Die Regierung teilte im Hauptauschuß des Landtages mit, daß sie beabsichtige, von den zehnprozentigen Mieterhöhungen ab 1. Oktober den Hausbesitzern sechs Prozent, für den Hausbau zwei und für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates ebenfalls zwei Prozent zur Verfügung zu stellen. Die zwei Prozent für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates bedeuten 500 000 M., somit für das gegenwärtige Rechnungsjahr noch 250 000 Mark. Diese Summe müsse der Staat für sich in Anspruch nehmen, weil vermehrte Ausgaben in Aussicht ständen. Zu diesem Verteilungsvorschlag wurden von den verschiedenen Parteien Anträge gestellt und Wünsche geäußert. Der Mietervertreter stellte mit den Sozialdemokraten den Antrag, dem Hausbesitz nicht mehr als vier Prozent zuzugestehen. Dieser Antrag gelangte durch die Mehrheit der Regierungsparteien und der Kommunisten zur Annahme.

Veranügen gelesen. Die Figur dieses trügerischen Harry übertrug an Geist und Witz, an bewußt satirischer Kraft diejenige des Hauptmanns von Rippen bei weitem. Seine Spielleistung, als solche höchst respektabel, besonders wenn man die Befcheidenheit des Apparates in Betracht zieht, gewinnt soziale Würde, jedoch das ungeheure Maß von Albernheit, das ihm zu entfallen gelang und seine oft überraschende literarische Ausdrucksfähigkeit sichert ihm etwige Unsterblichkeit. Die milde und amüßliche Raube, die hier ein Vernachlässigter, Ausgestoßener, durch jedes Glend Begangener an einer großartigen und freudigen Gesellschaft nimmt, ist ein erfreuliches Schauspiel und man muß den Richtern Dank wissen, die den Sungen glimpflich behandelten und seine Gefangenschaft kaum über die Frist hinausdehnten, die ihm erlaubte, diese Erinnerungen zu schreiben. Sollte ihre Milde einer unbewußten Nachwirkung seiner Prinzentolle in ihren Mannesherzen zuschreiben sein?

Die moderne Regie als Lehrzweig der philosophischen Wissenschaft. Die philosophische Fakultät der Berliner Universität wird im kommenden Semester das ihr angegliederte Institut für Theaterwissenschaft bedeutend erweitern. Im Institut werden Vorträge über moderne Regie gehalten werden und praktische Arbeiten in der Behandlung dieser Regieprobleme durchgeführt werden. Dabei wird besonderes Gewicht auf die geschichtliche Entwicklung der Theaterregie gelegt werden. Als Lehrmittel ist das von dem künstlerischen Betrat der Dresdener Staatstheater, Adolf M a h n e, hergestellte Modell einer Sprechbühne, die die bisherige Kastenform des Bühnenraumes auflöst, erworben worden. Zu Gastvorträgen werden bekanntere neuere Bühnentechniker und Bühnenregisseure herangezogen werden.

Das Faksimile-Telegramm. Der frühere englische Generalpostmeister und jetzige Direktor der Marconi-Gesellschaft erklärte in einem Vortrag in Chelmsford, nach seiner Ueberzeugung sei die heutige Methode des Telegraphierens veraltet und im Prinzip die Zeit des Faksimile-Telegramms gekommen. Die Technik der drahtlosen Übermittlung werde binnen kurzem so ausgebildet sein, daß alle Telegramme, bei denen es um rechtlichen oder kaufmännischen Gründen auf die Feststellung der Identität ankommt, bald in der Originalhandschrift des Absenders drahtlos übermittelt werden würde.

Gründung eines russischen Pantheons. Zur Zehnjährfeier der Oktoberrevolution soll in Leningrad ein Pantheon und Mausoleum eröffnet werden, in dem die Oehirne hervorragender Persönlichkeiten der Wissenschaft, Kunst und des öffentlichen Lebens aufbewahrt werden sollen. Einer Auserkennung des Mitgliedes der Akademie der Wissenschaften, Prof. Bekhterow, zufolge, wird das neue Mausoleum ein doppeltes Ziel anstreben: die Vereinerung des Andentens hervorragender Persönlichkeiten und die Erforschung ihres Gehirns. In erster Reihe wird dem Mausoleum das Gehirn des Chemikers Mendelejew, des Komponisten Rubinstein, des Schriftstellers Saltykow-Schtschedrin übergeben werden.

Prof. Franz Benjold, der langjährige Leiter der Medizinischen Klinik in Erlangen, ist, 78 Jahre alt, gestorben.

Der Maler Michael Kucher ist in seinem Stagerer Heim verstorben. Kucher erreichte ein Alter von 78 Jahren.

Einigung über die Abrüstungsformel?

Boncour bei Stresemann.

Genf, 20. September. (Eigenbericht.)

Am Dienstag ist es hinsichtlich der Abrüstungsfrage gelungen, in der von der 3. Kommission ernannten Unterkommission zur Annahme eines Textes zu gelangen, der alle in der Generaldebatte gemachten Anregungen enthält.

Ende der letzten Woche konnte es scheinen, als ob zwischen der These, wie sie der französische Delegierte Boncour vertreten hat: „Durch Sicherheit zur Abrüstung!“ und der These des deutschen Delegierten Graf Bernstorff: „Durch Abrüstung zur Sicherheit!“ ein unüberbrückbarer Gegensatz bestünde. Die Aussprache in der Unterkommission hat nun ergeben, daß die Anschauungen über die kommende Entwicklung der Abrüstung weniger scharf sind, als es zuerst scheinen konnte. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß man sich

einmütig auf eine Arbeitsmethode geeinigt

hat, die eine Lösung sowohl des Sicherheitsproblems als des Abrüstungsproblems bezweckt.

Die Resolution, die in der Unterkommission am Dienstag nach langer Debatte in vertraulicher Sitzung angenommen wurde und die noch der Bestätigung durch die 3. Kommission bzw. die Vollversammlung bedarf, enthält einleitend den ersten Teil der am letzten Sonntagabend von Paul Boncour eingebrachten Tagesordnung. An Stelle der ersten im Boncour'schen Entwurf etwas allgemein gehaltenen Empfehlung, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, ist ein präziser Text angenommen worden, der lautet:

„Die Versammlung empfiehlt die progressive Ausdehnung des Schiedsgerichtswesens durch den Abschluß einzelner oder kollektiver Verträge, Verträge zwischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes und Nichtmitgliedsstaaten mit einbezogen, um auf diese Weise zwischen allen Staaten ein gesteigertes gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, das unerlässlich ist für das Gelingen der Abrüstungskonferenz.“

Diesem Absatz folgt der Text der vom Grafen Bernstorff am Montag eingebrachten Resolution, und zwar mit einer geringfügigen Veränderung zum Schluß dieses Textes, in dem gesagt wird, daß die

Abrüstungskonferenz „innerhalb der kürzesten Frist“ einberufen werden soll.

anstatt „vor der 9. Vollversammlung des Völkerbundes“. Als dritte praktische Maßnahme, der allerdings die deutsche und die schwedische Delegation nur vorbehaltlich einer späteren möglichen Stellungnahme zugestimmt haben, ist ein Vorschlag des belgischen Delegierten de Broeckere angenommen worden, der den Rat auffordert die Vorbereitende Kommission zu bitten, ein Sonderkomitee zu bilden, für das alle in der Kommission vertretenen Staaten einen Delegierten stellen, und das die Aufgabe hat, die Sicherheitsfrage und die Garantien zu prüfen, die allen Staaten erlauben, ihre Abrüstungen auf Grund eines internationalen Abrüstungsvertrages auf das niedrigste Niveau herabzusetzen.

Am Schluß der Resolution wird der Völkerbund aufgefordert, selbst die Initiative zu ergreifen zum Abschluß und zur Vollständigmachung von kollektiven oder Einzelschiedsgerichtsverträgen. Endlich wurde der letzte Paragraph der Resolution auf Antrag des englischen Delegierten dahin formuliert, daß die Staaten, die sich mit offen ihnen zur Verfügung stehenden Nachmitteln dem Völkerbundsrat zur Verfügung stellen, im Falle eines drohenden oder ausgebrochenen Krieges ermächtigt sein sollen, unabhängig von den im Pact enthaltenen allgemeinen Verpflichtungen

ihre Leistungen der mehr oder weniger großen geographischen Solidarität anpassen.

die sie mit den anderen Staaten verbindet.“
„Wenn es auch nur langsam vorwärts geht, so geht es doch vorwärts, und das ist das Wichtigste!“ erklärte am Dienstagabend ein führendes Mitglied der Unterkommission dem Genfer Sonderberichterstatter des „Soz. Pressedienst“. Das ist der allgemeine Eindruck, nachdem man gestern noch die Empfindung hatte, daß die Abrüstungsfrage in eine Sackgasse geraten sei. Trotz der Annahme der Resolution durch die Unterkommission darf man sich jedoch keineswegs Illusionen hingeben über die großen Hindernisse, die es noch zu überwinden gilt, ehe das Werk gelingen kann.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hatte am Dienstag mittag eine längere Besprechung mit dem zweiten französischen Delegierten Paul Boncour über das Abrüstungsproblem.

Briand und die Tannenberg-Rede.

Genf, 20. September. (Eigenbericht.)

Die Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg hat in hiesigen englischen und französischen Kreisen sehr lebhaftes Kommenz hervorgerufen. Der französische Außenminister soll sich ziemlich bitter über derartige Störungen der allgemeinen Friedenspolitik geäußert haben. Sie rollten plötzlich wieder Fragen auf, die nur zu unfruchtbaren Polemiken führen könnten.

Deutschnationale Vertragstreue.

Wie in der Politik, so im Geschäft.

Leipzig, 20. September. (Eigenbericht.)

Der zweite Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Dienstag als Berufungsinstanz mit einem von der Papierfabrik Salinger u. Leppmann-Berlin gegen die Bezirksleitung der Deutschnationalen Partei in Berlin angestrebten Prozeß. Diese deutschnationale Bezirksleitung gab unter den kümmerlichen Verhältnissen mehrere Monate lang ein eigenes Berliner Organ heraus, für das ein Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei — es handelt sich um den Antifemiten Rentisch — bei der genannten Firma Druckpapier in einem Gesamtwert von 11000 Mark bestellte. Die Zahlungen blieben aber aus, und selbst als das Blatt infolge Abonnentenschwund Pleite gemacht hatte, kümmerte sich von der deutschnationalen Parteileitung kein Mensch darum, wie die Schulden an Salinger u. Leppmann geregelt werden sollten. Es kam hinzu, daß ein Teil des Druckpapiers von der Reichspost für rückständige Zeitungszustellungsgebühren in Pfand genommen wurde.

Die Firma Salinger u. Leppmann ging also leer aus und sah sich infolge dessen gezwungen, gegen die deutschnationalen Auftraggeber auf Zahlung von 11000 Mark für geliefertes Druckpapier zu klagen. Was machte die Deutschnationale Volkspartei? Sie erklärte einfach, das Papier nicht in Auftrag gegeben zu haben, obwohl ihr bankrottetes Organ, die „Nationalpost“, ihr offizielles Organ in Berlin war und das Druckpapier von einem Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei bestellt worden war. Das Kammergericht in Berlin entschied sich trotzdem zugunsten

Das gemeinsame Strafgesetz.

Beratungsbeginn im Nationalrat.

Wien, 20. September.

Der Nationalrat hat die erste Lesung des Strafgesetzentwurfes begonnen, der die Rechtsangleichung des Strafrechts in Deutschland und Deutschösterreich bringen soll. In der Präsidialloge wohnte Reichsjustizminister Dr. Hergt der Beratung bei. Den Entwurf begründete Justizminister Dr. Dinghofer (Dnat.) in längerer Darlegung, worauf Genosse Dr. Eisler in etwa zweistündiger Rede den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat.

Abg. Dr. Eisler (Soz.)

führte aus: Die Rechtsangleichung ist noch lange nicht der Anschluß. Aber bei dieser Rechtsangleichung besteht die Gefahr, daß sie den Feinden des Anschlusses Argumente gibt. Das ist der Grund, warum die Sozialdemokratie es tief bedauert, daß die Rechtsangleichung gerade auf dem Gebiet des Strafrechts ihren Anfang nehmen muß. Wir bedauern das, weil es nicht nur eine Reihe von Rechtsgedanken gibt, auf denen der Anschlußgedanke viel fester wirksam werden kann, wie zum Beispiel auf dem Gebiete des Eherechts. (In Deutschösterreich besteht immer noch der Rechtszustand, daß katholisch verheiratete Eheleute im Falle der Ehetrennung bei Bestehen des anderen Gatten nicht wieder heiraten dürfen; der Lebzelter hat nur die Erlaubnis des Dispenses erteilt, indem er sie dem Landesoberhaupt, also für Wien dem Bürgermeister übertragen hat. Solche mit Dispens geschlossene Ehen werden aber immer noch von der Kirche und manchmal selbst von Gerichten als eine Art Bigamie hingestellt! Um. d. Red.) Der Justizminister ist zu fragen, wie er es sich vorstellt, daß ein wirklich gleichartiges Strafgesetz in beiden Staaten geschaffen wird. Es wäre am besten,

ein geordnetes Zusammenwirken der beiden Volksvertretungen oder wenigstens derjenigen Körperschaften, welchen die Vorbereitung in den beiden Parlamenten obliegt.

zu schaffen. Das kann nicht irgendeine Empfindlichkeit bei anderen Staaten werden; sollte dieses Zusammenwirken aber nicht möglich sein, so wäre das mindeste die Schaffung einer freien Verbindung von Angehörigen der beiden Parlamente, die ununterbrochen die Beratung des Gesetzes hüten und drüben begleiten und für Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit zu sorgen hätte, denn wenn jeder Staat seinen eigenen Weg geht, kann das Schicksal dieser Rechtsangleichung als besiegelt gelten!

Der neue Strafgesetzentwurf führt vielfach hinter den jetzigen deutschösterreichischen Rechtszustand zurück, um so mehr, da die Praxis in Deutschösterreich das veraltete Strafgesetz gemildert hat, und weil durch die Neuerungen, namentlich durch die bedingte Verurteilung eine Besserung herbeigeführt worden ist. Der Entwurf würde diesen Zustand wieder verschlechtern. Die Regierung ist für die Rechtsangleichung nur bis zu dem Augenblick, wo die besonderen Wünsche der reaktionären Mehrheit des Nationalrats beginnen. Das gilt besonders für die Religionsvergehen, wofür die Mehrheitspartei bereits Verschärfungen angekündigt haben.

Der Entwurf will den

Umfang des richterlichen Ermessens

gewaltig ausdehnen. In einer Zeit wie der jetzigen, wo die Gesellschaft so zerrissen ist und die Klassen einander so scharf gegenüberstehen, ist es keine Befriedigung der Richter, wenn man

der Deutschnationalen Volkspartei. Die Firma Solinger u. Leppmann legte daraufhin mit Erfolg Berufung ein. Der zweite Zivilsenat des Reichsgerichts erklärte das Urteil der Vorinstanz für unhaltbar, hob es auf und verwies die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Vorinstanz.

Die Geschichte von dem Antifemiten Rentisch, der für sein deutschnationales Blättchen zwar bei einem Juden Papier bestellte, es aber nicht bezahlen will, wird die Gerichte also ein drittes Mal in Anspruch nehmen.

Die Reichsbahner fordern!

Höhere Löhne, 48-Stunden-Woche.

In der Sonntagsgabe des „Vorwärts“ wurde bereits auf die wachsende Erregung der Reichsbahnarbeiter Groß-Berlins hingewiesen. Daß diese Erregung im Steigen begriffen ist, beweisen die Aussprachen in den Versammlungen und die gefassten Beschlüsse. Nun treten auch die Kreise, Abteilungen und Gruppen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands auf den Plan. Die Ortsverwaltung Berlin wird mit Anträgen und Resolutionen zwecks möglichst baldiger Lohnerhöhungen überhäuft, wie auch mit telephonischen Anfragen aus den Betrieben. So fordert u. a. die am 17. September überfüllte Versammlung der Güterbodenarbeiter Hamburg-Wehrte Bahnhof die möglichst baldige Erhöhung der Grundlöhne um 15 Pf. pro Stunde und die Wiedereröffnung der Verhandlungen zur Einführung des reinen Achtstundentages. Die Versammlung billigt das Vorgehen des Einheitsverbandes und gelobt, den Hauptvorstand mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu unterstützen, damit die Verhandlungen zu einem guten Abschluß gebracht werden.

Am gestrigen Dienstag war der erste Verhandlungstag. Von einem Verhandlungsergebnis kann noch nicht gesprochen werden. Der breiten Öffentlichkeit sei jedoch gezeigt, wie unterschiedlich die

Entlohnung zwischen Privatarbeitern und Reichsbahnarbeitern

ist. Nach der vom ADGB herausgegebenen Statistik der Tariflöhne für männliche Arbeiter im Monat April 1927 wurden in Berlin folgende Löhne gezahlt:

Beruf	Stundenlohn 1927	Verh. a. b. gel. Eisenbahn 1927	Beruf	Stundenlohn 1927	Verh. a. b. gel. Eisenbahn 1927
Maurer	1,33	+ 0,43	Gerber	0,94	+ 0,04
Bauhilfsarbeiter	1,03	+ 0,13	Tapezierer	1,15	+ 0,25
Hilfsarbeiter	1,34	+ 0,44	Buchbinder	1,07	+ 0,17
Stukkateure	1,44	+ 0,54	Buchdrucker	1,07	+ 0,17
Maler	1,33	+ 0,43	Textilindustrie	0,90	—
Steinmetzen	1,45	+ 0,55	Schneider	1,05	+ 0,15
Metallindustrie:			Fräuser	1,06	+ 0,16
Dauwertarbeit.	1,35	+ 0,45	Bäder	1,08	+ 0,18
Fischer	1,11	+ 0,21	Gemeindearbeit., gelehrte	0,94	+ 0,04
Böttcher	1,20	+ 0,30	Eisenbahner, gel.	0,90	—
Chem. Industrie	0,76,5	—			

Die Aufstellung zeigt doch so erhebliche Unterschiede, daß eine sonderbare Bestesverfassung dazu gehört, sie wegzuleugnen. Der Eisenbahnlohn liegt in Berlin ganz erheblich unter dem Lohn, der in der Privatindustrie gezahlt wird.

Die Reichsbahn konnte schon im verflossenen Jahre höhere Löhne und, wenn wir auf die jetzige Besoldungsreform Bezug nehmen, höhere Gehälter zahlen. Sie kann es in weit stärkerem Maße in diesem Jahre, das sich in den ersten acht Monaten so überaus günstig gestaltet hat und das einen Betriebsüberschuß von 1000 Millionen Mark verspricht. Im Geschäftsjahre 1926 betrug der Reingewinn rund 208 Millionen. Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Rationalisierung auch in den Reichsbahnbetrieben mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt, das Arbeits-

ennimmt, daß auch sie auf irgendeinem Klassenstandpunkt stehen. Die Zeit scheint noch nicht gekommen zu sein, wo man den Richtern eine so viel größere Macht in die Hand geben könnte.

Die Arbeiterbewegung ist der geschichtliche Beweis dafür, daß man durch Strafgesetze nicht eine große geistige Bewegung aufhalten kann. Diese Erkenntnis müßte schon längst Gemeingut sein! Wir sind bereit, dahin zu arbeiten, daß das neue Strafgesetz ein humanes, ein menschliches Gesetzwerk wird, und ein Gesetzwerk, das nicht den Aufstieg der Arbeiterklasse hindern will, daß es ein besseres Strafgesetz, ein Strafgesetz der kommenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorbereitet!

Für die Christlichsozialen erklärte Dr. Rintelen, man sei durch gegenseitige Zugeständnisse in dem Entwurf zu Folgerungen gekommen, die in beiden Ländern sehr nahe liegen. Am Mittwoch wird als erster Redner Genosse Dr. Renner sprechen.

Beratungsbeginn auch in Berlin.

Der Sonderausschuß des Reichstags, dem der Entwurf des Reichs-Strafgesetzbuchs zur Vorbereitung überwiesen ist und als 32. Ausschuh im Reichstag geführt wird, nimmt seine Arbeiten in Angriff. Dem Ausschuh gehören 28 Mitglieder an, und zwar acht von der Sozialdemokratischen Partei, sechs von der Deutschnationalen Volkspartei, vier vom Zentrum, drei von der Deutschen Volkspartei, je zwei von der Kommunistischen Partei, der Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung sowie ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei. Der Ausschuh tagt unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (D. Sp.), dessen Stellvertreter der Abg. Dr. Wolf (Z.) ist. Zu Schriftführern sind die Abg. Frau Pfälz (Soz.) und Dr. Schaeffer (Dnat.) berufen.

Die Referate über den Allgemeinen Teil des I. Buches, das von Verbrechen und Vergehen handelt, sind bereits in folgender Weise verteilt worden: §§ 1 bis 10 Geltungsbereich der Strafgesetze Dr. Kahl (D. Sp.); Korreferat: Dr. Wolf (Z.). §§ 11 bis 25 Strafbare Handlung Rohmann-Altona (Dnat.) und Dr. Hanemann (Dnat.); Korreferat: Saenger (Soz.). §§ 26 bis 27: Verleugung, Hampe (Wirtschaftl. Bg.); Emminger (Bayer. Sp.). §§ 28 bis 32 Teilnahme, Brodau (Dem.); Korreferat: Dr. Schaeffer (Dnat.). §§ 33 bis 39 Strafen, Landsberg (Soz.); Korreferat Dr. Japf (D. Sp.). §§ 40 bis 45 Bedingter Straferlaß, Stöcker (Komm.); Korreferat: Hampe (Wirtschaftl. Bg.). §§ 46 bis 54 Nebenstrafen und Nebenfolgen, Emminger (Bayer. Sp.); Korreferat Rosen (Komm.). §§ 55 bis 64 Maßregeln der Besserung und Sicherung, Wegmann (Z.); Korreferat Dr. Wunderlich (D. Sp.). §§ 65 bis 68 Zusammentreffen mehrerer Vergehen, Dr. Hanemann (Dnat.); Korreferat: Dr. Haas (Dem.). §§ 69 bis 72 Strafbemessung, Dr. Rosenfeld (Soz.); Korreferat: Schulte-Breslau (Z.). §§ 73 bis 78 Widerlegung, Schöpfung, Dr. Wunderlich (D. Sp.); Korreferat: Dr. Levi (Soz.). §§ 79 bis 85 Verjährung, Dr. Scheiter (Z.); Korreferat Dr. Schneider-Dresden (D. Sp.).

Der Ausschuh beabsichtigt, in der Regel wöchentlich vier Sitzungen abzuhalten, und zwar vom Dienstag bis Freitag.

Mit einer schnellen Erledigung der Arbeiten ist bei dem Umfang des Stoffes nicht zu rechnen. Es ist zweifelhaft, ob bis Weihnachten der Allgemeine Teil im Ausschuh bewältigt werden kann.

tempo fortlaufend gesteigert wird, dann haben die Eisenbahner das Recht, an dem Reingewinn in weitestgehendem Maße teilzunehmen. Diese Aufgabe zu lösen, ist Pflicht der Gewerkschaften, um zu verhindern, daß der Eisenbahner nicht wie ein Paria in der arbeitenden Gesellschaft vegetiert, sondern ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

Wie liegen die Verhältnisse bei den unteren Besoldungsgruppen? Nach wie vor übt der Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine Geheimnisräumerei mit der Besoldungsvorlage, die ihrespelenden sucht. Die Beamtenvereinigungen verlangen mit Recht, möglichst bald Einblick in die Absichten des Reichsfinanzministers zu bekommen, indem sie zu Verhandlungen geladen werden. Mehr noch als wie bei den Reichsbeamten, denen das Parlament immer noch einen Weg bietet, einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung der Besoldungsreform auszuüben, muß bei den Reichsbahnbeamten die Mitwirkung der Beamtenorganisationen gefordert werden. Es muß naturgemäß zu Unzuträglichkeiten führen, wenn die Reichsbahnverwaltung selbstherrlich über das Wohl von hunderttausenden Beamten verfügen kann.

Pflicht eines jeden Eisenbahners ist es, der seiner wirtschaftlichen Lage und die seiner Familie bessern will, sich der führenden Organisation, dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands anzuschließen.

Morgen, Donnerstag, 19 Uhr findet in Anbetracht der ersten Lage in Schmidts Gesellschaftshaus, Berlin, Fruchtstraße 36a, eine große Funktionärskonferenz der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes statt.

Deutsch-dänische Kundgebung.

Stauning und Vöbe als Redner.

Graasten (Südjütland), 20. September. (Eigenbericht.)

Eine deutsch-dänische sozialdemokratische Kundgebung fand am letzten Sonntag in Graasten in Südjütland bei Sonderburg statt. Aus dem ganzen, früher deutschen nordschleswiger Gebiet und aus den nördlich davon gelegenen dänischen Bezirken waren die Parteivertreter mit ihren Familien herbeigekommen, um durch eine eindrucksvolle Kundgebung die brüderliche Befestigung der Proletarier diesseits und jenseits der neuen Grenze zu bekunden. Nach einem sehr imponierenden Festzuge sprachen die Genossen Stauning-Kopenhagen, Nielsen-Kopenhagen, Frau Schröder-Altona und Paul Vöbe-Berlin über die gemeinsamen Kämpfe der Arbeiterklasse, wobei Genosse Stauning sein Programm als Führer der Opposition in der jetzt wieder beginnenden Tagung des dänischen Reichstages auseinandersetzte, während die übrigen Redner den Friedenswillen der Versammlung betonten. Der Kundgebung war eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevorsteher aus etwa 50 Gemeinden vorangegangen, in der Maßnahmen gegen die augenblicklich sehr starke Arbeitslosigkeit in Dänemark erörtert wurden. Beide Veranstaltungen zeigten den ungebrochenen Kampfeswillen der Genossen diesseits und jenseits der Grenze.

Neuordnung in Südjütland.

Aufbau der Regierung.

Konking, 20. September. (ChRM.)

Das neue Spezialkomitee für die Reorganisation der Kuomintang arbeitet ebenso wie das Zentralreferat und das Zentralkontrollkomitee. Die Parteiamter bereiten die dritte Reichsdelegiertenkonferenz vor. Die Regierung wird in sieben Ministerien organisiert, und zwar Finanz, Inneres, Verkehr, Justiz, Handel, Bauern- und Arbeiterfragen, Äußeres, außerdem werden noch militärische und politische Ämter und Behörden für Hochschulen geschaffen.

Die Verbandstage in Leipzig.

Das Verschmelzungsproblem im Vordergrund.

Leipzig, 20. September. (Eigenbericht.)

Am zweiten Verhandlungstag des Verbandstages der Lebensmittel- und Getränkearbeiter wurden in der Diskussion über den Vorstandsbericht an Hand örtlicher Vorkommnisse Anregungen gegeben über die Ausbildung des Nachwuchses, die Lehrlingsfrage und Bekämpfung der Sonntags- und Nachtarbeit. Der Einsetzung des Verbandsvorstandes zur Hochhaltung der Disziplin wurde allgemein zugestimmt. Ausstellungen an der Tätigkeit des Verbandsvorstandes wurden nicht gemacht. Roeseler wies auf die Eingabe der Reichsmüllereverbände an das Reichsarbeitsministerium zur Frage der Arbeitszeit hin, die einfach unerhört sei und energisch zurückgewiesen werden müsse. Vorsitzender Bäckert wies die falsche Auffassung zurück, als ob ohne besondere Beiträge die Invalidentenunterstützung weiter ausgebaut werden könne. Die Entlastung des Verbandsvorstandes wurde einstimmig ausgesprochen.

Zum Zusammenschluß der Verbände

Sprach einleitend Vorsitzender Bäckert. Die Organisationen sind auf den Beruf aufgebaut. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, ursprünglich auch Berufsorganisation, hat sich bald für die Betriebsorganisation entschieden. Er hat eine bessere Interessenvertretung in der Zusammenfassung der Arbeiter des Betriebes gesehen. Die Zusammenschlußbestrebungen in den Verbänden der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie bestehen seit Anfang der 90er Jahre. Von unserer Seite wurden sie immer abgelehnt, bis der Gewerkschaftskongress in Leipzig 1922 zur Schaffung größerer Verbände die Resolution Dittmann annahm, die den Zusammenschluß auf der Grundlage der Betriebsorganisation forderte; für diese Resolution hat auch die Vertretung unseres Verbandes gestimmt.

Bäckert schloß dann

Die historische Entwicklung der Verhandlungen

bis zu dem Zeitpunkt, wo die Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer, Böttcher und Weinküfer in ihren Verbandstagen zur Verschmelzungsfrage Stellung nahmen. Der Satzungsentwurf, das Ergebnis dieser Verhandlungen, schlug die Erfassung aller Arbeiter der Lebensmittel- und Genussmittelbetriebe vor, die auch der Augsburger Verbandstag beschloß. Dagegen ist nun von verschiedenen Verbänden Einspruch erhoben worden, wobei die Einsprüche der Fabrikarbeiter und des Verkehrsbundes nicht zu bereinigen waren. Auch der KOBV nahm Stellung gegen den Organisationsbereich, den der Satzungsentwurf vorsieht. Bäckert erinnert zum Schluß noch an den Kartellvertrag des Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes mit dem Verkehrsbund, der auch dem Satzungsentwurf widerspricht und behandelt dann die wichtigsten Bestimmungen des Satzungsentwurfs und die hierzu gestellten Anträge. — Als zweiter Referent beschäftigte sich Träger besonders mit den Einsprüchen der Fabrikarbeiter und des Verkehrsbundes, worauf die Aussprache einleitete.

Gegen die vom Arbeitsgericht in Dresden anlässlich eines Streiks in der Firma C. D. Hermann-Dresden ergangene einstweilige Verfügung protestierten die Delegierten des 23. Außerordentlichen Verbandstages der Lebensmittel- und Ge-

tränkearbeiter in einer scharfen Entschlieung. Die Delegierten sehen in der Verfügung einen

Eingriff in das Streikrecht

der Arbeitnehmer zugunsten der Arbeitgeber. Das Vorgehen des Gerichts erweckt den Anschein, als ob der § 153 der Gewerbeordnung auf Umwegen wieder Geltung erhalten soll. Die Delegierten erwarten von dem Arbeitsgericht, daß einstweilige Verfügungen bei wirtschaftlichen Kämpfen keine Anwendung finden.

Leipzig, 20. September. (Eigenbericht.)

Die nach dem Geschäftsbericht eingehende Diskussion auf dem Verbandstag der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter zeigte, daß die Delegierten mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes einverstanden waren. Einstimmig wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Das Verhalten des Reichsversicherungsamtes gegen die Nahrungs- und Genussmittelindustrie-Berufsgenossenschaft wurde scharf kritisiert. Allen Instanzen der Arbeiterbewegung, die für die Beibehaltung des gesetzlichen

Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit

in den Bäckereien eintreten, sprach der Verbandstag seinen Dank aus. Die Bäcker- und Konditoreiarbeiter werden weiterhin verpflichtet, jedes ungesetzliche Ansinnen der Unternehmer abzulehnen. Im übrigen wird der Verbandsvorstand beauftragt, bei den Länderregierungen sich für die Anstellung besoldeter oder ehrenamtlicher Bäckereikontraktoren einzusetzen. Schließlich wird in einer Entschlieung gegen den Entwurf zu einem Berufsberatungsgesetz Stellung genommen und von der Befreiung des paritätischen Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, die Anerkennung der Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessensvertretung der Lehrlinge sowie die tarifliche Vereinbarung der Entschädigung und Arbeitsbedingungen für die Lehrlinge gefordert. Zum Hauptpunkt:

Errichtung eines Industrieverbandes

für die gesamte Nahrungs- und Genussmittelindustrie sprach Verbandsvorsitzender Diermeier, der sich mit großer Wärme für den Zusammenschluß einsetzte. Die kapitalistische Konzentration zwingt die Gewerkschaften, neue und bessere Organisationsformen zu suchen. — An das Referat schloß sich eine längere ausgiebige Debatte an.

Leipzig, 20. September. (Eigenbericht.)

Der Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter ist, wie der Zentralvorsitzende fürchtete, auf der Leipziger Tagung des Verbandes der Arbeiter, von der Krise in einer nie geahnten Weise mitgenommen worden. Die Zahl der beschäftigten Böttcher ist, von den Brauereiarbeitern abgesehen, überall zurückgegangen. Die älteren Böttcher in den Großstädten konnten bis heute nicht wieder in Arbeit gebracht werden. Dies ist der Hauptgrund zum Anstoß

für die Verschmelzung

des Verbandes in der Gründung eines Nahrungs- und Getränkearbeiterverbandes. Bei einer Mitgliederzahl von 8500 sind 1926 allein 184 000 Mark Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden. Der Kasseebestand wurde

vollständig erschöpft. 1927 gelang es wieder, ein Kasseevermögen von über 100 000 Mark anzuschaffen.

Der Anstoß zur Wiedereinsetzung der Böttcher in den neugegründeten Industrieverband gab der Bundesausschuß in Berlin. Er machte den Weg frei.

Die Verdrückungen des Berichterstatters der kommunistischen „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gaben dem Verbandstag Veranlassung, den Vertreter der Zeitung nicht mehr zum Verbandstag zuzulassen. Selbst der Kommunist Schröder mußte zugeben, daß der Bericht in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ mit den Tatsachen nicht übereinstimmt.

Ergebnislose Verhandlungen mit der Reichsbahn.

B. S. Am gestrigen Dienstag fanden bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahngewerkschaften wegen einer allgemeinen Erhöhung der Bezüge für diese Arbeiterkategorien statt. Generaldirektor Dormüller nahm an diesen Verhandlungen nicht teil, sondern wurde durch den stellvertretenden Generaldirektor Dr. Weirauch vertreten. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen darauf hin, daß in Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten und der am 1. Oktober in Kraft tretenden Erhöhung der Mieten um weitere 10 Proz. eine allgemeine Aufbesserung der Löhne erfolgen müsse, da der am 7. April dieses Jahres für verbindlich erklärte Schiedsspruch, der nur ab 1. Oktober eine Aufbesserung der Löhne um 1 Pf. pro Stunde vorsehe, der Teuerung keineswegs gerecht werde.

Von der Hauptverwaltung wurde demgegenüber betont, daß weder die Rechtslage noch die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Löhne in der übrigen deutschen Industrie eine allgemeine Aufbesserung der Bezüge rechtfertigen könne. In Fällen, wo die Löhne der Arbeiter der vergleichbaren Industrien höher seien, könnte eventuell durch Ortslohnzulagen ein Ausgleich geschaffen werden. Die Gewerkschaftsvertreter baten dann, dem Generaldirektor ihre Forderungen selbst unterbreiten zu dürfen, um dessen Stellungnahme kennenzulernen. Darüber soll den Gewerkschaften im Laufe dieser Woche Bescheid zugehen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Jugendgruppe des JBM. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: Oden: Jugendheim Schule Plauer Str. 18. Streitspiele (unter Leitung von Heilmann). — Reutken: Jugendheim Rogauer Str. 18. Diskussionsabend über Wandern und Schwimmen (Werner Feder). — Nordwest: Realgymnasium Schleierger Str. 14. Vortrag: „Die jugendliche Frage“. — Wedding-Gesundbrunnen: Jugendheim Schöndorfer Str. 1 (Wedigenheim 3 Tr.). Vortrag: „Das Berufsberatungsgesetz“ (Vogel). — Spandau: Jugendheim Lindenstr. 1. Spiel und Tanzabend.

Freie Gewerkschaftsjugend Ost-Berlin. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Reutken: Jugendheim Schöndorfer Str. 18. Diskussionsabend. — Südwest: Jugendheim Schöndorfer Str. 18. Diskussionsabend. — Nordring: Jugendheim Oberwallstr. 18. Vortrag: „Proletarisches Jugend- und Arbeiterforum“. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Gröblich 18. Vortrag: „Die Gewerkschaftsarbeit in der JBM“. — Weiskamer: Jugendheim Weiskamer Str. 16. Unterhaltungsabend. — Zentrum: Jugendheim Lindenstr. 14. Vortrag: „Jugend und Sexualfragen“. — Kallionsstr. des JBM: 19 Uhr: Das Paradies der Schüler. Buch. Dittl. Zeichenkurse von Paul Simmel. — Gellertstr. (Mühlentor) der 21. Abteilung: Vorstellung im Theater am Reddenplatz.

Tagessperrung. Vertrauensmännerprüfung am Donnerstag, 22. September, 17 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses. Alle Vertrauensleute müssen anwesend sein.

Verantwortlich für Text: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Allinghölzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schittowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glaser; Amtlich in Berlin: Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.



Breitagsservice „Berlin“

Compots	Stück von 25 Pf. bis	1.35
Kompotteller	Stück	25 Pf.
Kuchenteller	Stück von 1.13 bis	1.45
Käseglocke	Stück	1.25
Salats	Milchkristall, ca. 19 cm	11.25
Jardiniere	Milchkristall, ca. 19 cm	14.50
Rumflaschen	Milchkristall, 1/2 Liter	6.75
Saftkannen	Milchkristall, 1 Liter	4.50

Weingarnitur „Königsberg“

Rotweingläser geschliffen	Stück	50 Pf.
Portweingläser geschliffen	Stück	45 Pf.
Weisweingläser geschliffen	Stück	35 Pf.
Likörgläser geschliffen	Stück	40 Pf.
Bier- od. Toobecher geschliffen	Stück	35 Pf.
Bierbecher „Flora“	Stück	16 Pf.
Römer „Josef“, Mattband	Stück	45 Pf.

Saubellartikel

Prima Kernseifen zartgelb, 30 g Frischgewicht	Blögel	16 Pf., 60 g Frischgewicht Blockstück	30 Pf.
Prima reine Kristall-Schmierseife	Prand	40 Pf.	
10-Pf.-Kimer steinl.		3.75	
Prima reine Eln-Schmierseife	Prand	45 Pf.	
10-Pf.-Kimer steinl.		4.25	
Unsere anerkannt gut... Hertie-Seifenpulver	mit prima Seifenschichtel, 30 Pf.	Salmitak-Tropfen 10 Pf.	
1-Pf.-Pak.	35 Pf., 1-Pf.-Pak.	25 Pf., 5-Pf.-Pak.	55 Pf.

Wirtschaftsartikel

Zink-Waschwannen	75, 90, 100 cm	9.50, 10.50, 12.50, 15.00
Zink-Waschwannen	oval, mit Walet	12.50, 15.00, 17.50
Zink-Waschzuber	50, 55, 60, 65 cm	8.75, 10.75, 13.50, 16.50
Verzinkte Waschkessel	mit Deckel und Hob	2.25, 2.90, 3.65, 4.25, 4.90
Verzinkte Wannen	oval, 30 cm	2.25, 60 cm 2.90
Aermelhügelbretter		85 Pf.
Plättbretter		2.90, 5.50
Holztablets		95 Pf., 2.10, 2.45
Quirlgarnituren		95 Pf., 2.10, 2.90
Waschbretter		95 Pf., 1.90

Hobhaarbellen	1.05, 1.95, 2.45
Hobhaarhandfeger	90 Pf., 1.25, 1.60
Schaber	28, 45, 90 Pf.
Schaberbüchsen	18, 35 Pf.
Staubwedel	90 Pf., 1.10
Risettbürstenhalter	mit Bürste 1.45, 2.55

Emaillewaren

Ovale Vanne	50 cm	3.75
Telgenschüssel	tiefe	2.25
Milchkanne	1 Ltr.	1.00
Milchkocher	2 Ltr.	1.00
Rasserolle	35, 45, 60, 75 Pf.	
Waschbecken	Porzellanform, weiß	2.25, 2.65
Waschwanne	rund, mit 2 Griffen	1.10, 1.25, 1.75
Wassereimer		75, 95 Pf.
Wassereimer	dekoriert, 2.55, dekoriert in Deckel u. Messinghübel	5.50
Mülleimer	mit Aufschrift, 95 Pf. schriftl., weiß	2.85
Sand-Seife-Soda-Konsol	weiß, 1.45	
Kohrschaufel	65 Pf.	
Wasserkessel	dekoriert	2.45
Schmortopf	weiß, 22 cm Durchmesser	1.15

Aluminium-Schmortopf	95 Pf.
Aluminium-Wasserkessel	2.50
Aluminium-Rasserolle	45, 95 Pf.
Wasserkessel	45, 95 Pf.

Stahlwaren

Alpaka-Esslöffel	gemustert Stück	40 Pf.
Alpaka-Kaffeelöffel	gemustert Stück	20 Pf.
Alpaka-Ess- od. Dessertbesteck	Paar	1.45
Alpaka-Fischbrettscheibe	Paar	95 Pf.
Tischbestecke	Paar, 65 Pf., Paar	95 Pf.
Tafelservice	77 Stk., 98 Stk., 108 Stk., 128 Stk.	24.50
Bejehners	5 Stk., für 2 Pers., mit Goldrand	1.10
Kaffeeservice	9 Stk., für 6 Personen	5.90
Küchengeräte	21 Stk., Porzellan	17.50

Porzellan

Speiseteller	tiefe oder flach	Stück	58 Pf.
Terrine		Stück	5.50
Kartoffelschüssel		Stück	3.95
Saucieren		Stück	2.25, 2.75
Bratenplatten		Stück von 25 Pf. bis	3.95
Salatieren		Stück von 38 Pf. bis	2.40
Tassen	Gelbrot, 38 Pf., bunt, Stück	32, 38 Pf.	

Saubellartikel

Schauerlöffel	gute starkqual.	Stück	30, 40, 50 Pf.
Pa-Semirch-Fensterleder	95 Pf., 1.40, 1.90 bis	7.50	
Feinbohnerwachs	we u. gelb, 3-Pf.-Dose	1.35	
da. 1-Pf.-Dose	70 Pf., 1/2-Pf.-Dose	35 Pf.	
Stahlpäne	1/2-Pf.-Paket	30 Pf., drei Pakete	85 Pf.
Der gute „Hertie-Mop“	gebrauchstaugl. m. Dose u. Stiel, Gr. 1	3.00 Gr. 1	13.75
„Hertie-Mopsol“	zum Tränken	45, 90 Pf.	2.25
„Hertie-Pollertuch“	pläpariert i. Möbel	Stück	95 Pf.

In unserem Hause LEIPZIGER STRASSE unterhalten wir eine grosse Auswahl schöner und farbenprächtiger

ORIENTTEPPICHE

die wir durch günstigen Einkauf und durch die eingetretene Zollermässigung zu erstaunlich billigen Preisen zum Verkauf bringen

MERMANNTETZ



Sittenpolizei

Am 1. Oktober tritt das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Kraft. Es bedeutet das Ende der Reglementierung der Prostitution und somit auch das der Sittenpolizei. Die Scheidung zwischen heimlicher und staatlich geduldeten Prostitution hört auf; desgleichen auch die polizeiliche Verfolgung und an vielen Orten direkte Drangsalierung der schon ohnehin unglücklichen Opfer der menschlichen Gesellschaft. Die Reglementierung der Prostituierten, die polizeiliche Kontrolle sollte dem Kampf gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten dienen; durch periodische zwangsweise ärztliche Untersuchung der Mädchen hoffte man dieses Ziel zu erreichen. Tatsächlich hat jedoch die polizeiliche Kontrolle dieses Ziel nie erreicht; unter anderem auch schon aus dem Grunde nicht, weil die heimliche Prostitution die staatlich patentierte um vieles überstieg. Dafür zeitigte aber die Kontrolle ein anderes Ergebnis: Sie stampelte die Mädchen zu Parias, lieferte sie der polizeilichen Willkür aus, erschwerte ihnen die Rückkehr ins bürgerliche Leben und hielt die geheime Prostituierte aus Furcht, unter die Kontrolle zu geraten, bei erfolgter Anstufung davon ab, einen Arzt aufzusuchen. Da die Reglementierung der Prostitution nun am 1. Oktober aufhört, ist es nicht uninteressant, noch einen letzten Blick auf die Art ihres Funktionierens zu werfen. Eine Schilderung bedeutet hier schon eine Verurteilung. Immerhin muß zugegeben werden, daß gerade in Berlin die Beamten ihrer schweren Aufgabe im allgemeinen mit Takt gerecht zu werden verstanden haben.

Der Apparat der Sittenpolizei.

Die Berliner Sittenpolizei hat ihren Sitz in der Dirschstr. im äußersten Flügel des Polizeipräsidentiums, völlig abgegliedert von den übrigen Abteilungen dieses gewaltigen Gebäudes. Die „Kontrollmädchen“ erreichen direkt von der Straße aus durch den Torweg die Kontrollabteilung. Diese untersteht einem Kriminalkommissar, der Arzt ist, Dr. Gütts; 271 Beamte und Bureauarbeiter sind unter seiner Leitung tätig. Hinzu kommt aber noch die Sittenpolizei Charlottenburgs, Schönebergs, Neuköllns, Lichterbergs und Spandaus, die ihren eigenen Kontrollapparat besitzen, ihre besonderen Verale haben usw. Die Beamten erscheinen morgens im Polizeipräsidentium und verteilen sich dann auf die Brennpunkte der Prostitution. Die Straßenkontrolle beginnt um 11 Uhr morgens und dauert ununterbrochen den Tag über. Für die Ordnung der Nacht sorgen besondere Streifen, von 11 bis 4 und von 12 bis 5 Uhr morgens. Etwa alle vier Wochen finden Razzien statt; sie gelten insbesondere dem Schleichbahnhof, der Wuladstraße und ihrer Umgebung und haben in der Hauptsache zur Aufgabe, an die heimliche Prostitution heranzukommen. Jeder Beamte kennt seinen Bezirk auf das genaueste, er kennt auch alle Mädchen.

Der Weg zur Kontrolle.

Fällt dem erfahrenen Beamten ein neues Gesicht auf, so geht er unbemerkt an den Neuling heran; notiert sich dessen Namen und verwornt ihn. Stößt er aber ein zweites Mal auf dasselbe Mädchen,

so nimmt er es zur Wache mit, verlangt Ausweispapiere von ihr, stellt fest, womit es sich sonst beschäftigt, und entläßt es, nachdem es mit einer Vorladung versehen hat. Oft wird aber das Mädchen in Polizeigewahrsam gebracht. Das gleiche geschieht auch mit den Mädchen, die eventuell in Absteigequartieren ausgehoben werden. Im Polizeigewahrsam werden sie am nächsten Morgen zunächst von dem Gefängnisbeamten vernommen, darauf von der Ärztin untersucht. Wird eine Geschlechtskrankheit festgestellt, so kommt das Mädchen entweder ins Krankenhaus, doch darf sie sich unter Umständen auch ambulatorisch behandeln lassen. Der Aufenthalt im Krankenhaus würde zum Beispiel für eine Hausangestellte dem Verlust der Stellung gleichkommen. Ehe das Mädchen in das Krankenhaus eingeliefert wird, kommt es aber in die Frauenhilfsstelle, die sich neuerdings in der nächsten Nähe der Sittenpolizei befindet. Hier wird sie von der sozialen Fürsorgerin auf Herz und Nieren geprüft und ausführlich über ihre häuslichen und sonstigen Verhältnisse befragt; man versucht, ihre moralische Phylogonomie und die Ursachen ihrer sittlichen Verwahrlosung festzustellen, Diagnose und Therapie festzulegen. Die Frauenhilfsstelle nimmt dann die üblichen Nachforschungen vor und gibt ihr Ratschläge ab, auf Grund dessen der Kommissar seine Entscheidung trifft. In der Regel muß dann das Mädchen erst nach der Entlassung aus dem Krankenhaus vor dem Richter erscheinen, der im Beisein der sozialen Fürsorgerin das Mädchen wegen gewerbmäßiger Unzucht zu einigen Wochen Gefängnis unter Verleihung von Bewährungsfrist verurteilt. Hier beginnt die helfende und stützende Schulaufsicht der Fürsorgerin der Frauenhilfe. Oft handelt es sich um Fürsorgegehilfen, die dann der Polizei übergeben werden. Nicht selten aber sind alle Bemühungen der Frauenhilfsstelle vergeblich. Die sozialen Verhältnisse, die persönliche Eigenart des Mädchens sind so, daß sie immer wieder dem ungeliebten Leben der Prostitution verfällt. Der Beamte trifft sie bei dem nächsten Rundgang aufs neue, und dann kommt das Mädchen unter die Kontrolle.

Die Kontrolle.

Sie wird oft erst nach wiederholten Versuchen, das Mädchen auf eine andere Bahn zu bringen, aufgelegt. Der Beamte beantragt sie nach erneuter Einlieferung beim Kommissar, der prüft die Akten, ruft das Mädchen vor und legt dann seine Entscheidung dem Polizeipräsidenten vor. In der Regel ist dies natürlich nur eine Formalität; nachts ist das Mädchen eingeliefert worden; um 2 Uhr mittags ist alles erledigt, dem Mädchen wird erklärt, daß es von nun an unter Kontrolle steht, ihren Beruf der Unzucht gewerbmäßig ausüben dürfe, doch gewisse Verpflichtungen mit in den Kauf nehmen müsse. Die Sittenpolizeischriften werden ihr an Ort und Stelle eingehändigt. Sie lauten u. a., daß diejenigen, die noch nicht das 24. Lebensjahr erreicht haben, sich zweimal in der Woche stellen müssen, die das Alter von 24 Jahren hinter sich haben, nur einmal, und die älter als 34 Jahre sind, einmal in zwei Wochen erscheinen müssen; es wird ihnen auch bekanntgegeben, auf welchen Straßen sie ihren Körper selbsthüten dürfen, wie sie sich zu benehmen haben usw. Uebertreten sie die Vorschriften, so kommen sie vor den Richter. Täglich werden 40 bis 60 Mädchen, und zwar nach einer feststehenden Liste, verurteilt. Doch erscheint das zwecklos. Manche von diesen Mädchen weisen ein endloses Strafregister auf. Weiden sie sich hartnäckig nicht zur Kontrolle, so werden sie unter Umständen

vom Beamten abgeholt. Jedes Mädchen hat nicht allein ihren bestimmten Tag, sondern auch ihre bestimmte Stunde; die Morgenstunden sind natürlich verpönt. Täglich müssen etwa 350 Mädchen erscheinen. In der Dirschstr. sieht man sie kommen und gehen, sie verschwinden im Torweg, gehen einige Stufen hinauf, dann durch die Sperre, an der sie eine Nummer erhalten, holen sich im Bureau ihr Kontrollbüchlein und gehen eine Treppe höher hinauf zur Untersuchung. Im Untersuchungszimmer kleiden sie sich in bestimmter Anzahl aus und werden dann von den Verzien hinter einem Schirm untersucht. Es sind da neun Ärzte und neun Krankenschwestern tätig. Die Worte haben sie unterdessen abgegeben. Der Beamte erfährt von dem Arzt das Ergebnis. Ist das Mädchen krank, so kommt es nicht mehr fort, sondern wird in der Regel dem Krankenhaus zugeführt. Nur selten wird Außenbehandlung angeordnet. Die Erfahrung lehrt, daß jedes Mädchen einmal in vier Wochen erkrankt. Die Kontrolle kann auf Antrag aufgehoben werden. Das Mädchen muß dann gewissermaßen eine Bewährungsfrist durchmachen, sie fällt fort, wenn das Mädchen heiratet. Hier kommt es nicht selten zur Vorpiegelung solcher Tatsachen. So heiratet das Mädchen zum Beispiel den Zubehälter. Da tritt dann wieder die Frauenhilfe in Tätigkeit. Doch die einmal von der Kontrolle Befreiten werden nur selten rückfällig, es gibt aber Kontrollmädchen, die 60 Jahre und älter sind.

Das neue Gesetz.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes werden die Prostituierten nur noch unter eine gesundheitliche Kontrolle gestellt; das neue Gesetz macht jedem geschlechtskranken Bürger zur moralischen Pflicht, sich der ärztlichen Behandlung zu unterziehen. Der § 4 gibt aber den Gesundheitsbehörden das Recht, von Personen, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Geschlechtskrankheit weiter zu verbreiten, einmalige oder periodische Vorlegung von Gesundheitszeugnissen zu fordern und sie gegebenenfalls auch zwangsweise der ärztlichen Behandlung zuzuführen. Der § 3 bestimmt, daß die Beamten der Ordnungs- oder Wohlfahrts-polizei die Durchführung der gesundheitlichen und sozialfürsorglichen Polizeianordnungen zu unterstützen haben. Richtet sich auch das Gesetz im gleichen Maße gegen alle Bürger ohne Unterschied des Geschlechts und der sozialen Stellung, so hat der § 4 in erster Linie die Prostitution als Hauptverbreiterin der Geschlechtskrankheiten im Auge. Die Zentren der Prostitution werden nach wie vor beobachtet werden müssen; es soll dies aber nicht durch den alten Beamten der Sittenpolizei bewerkstelligt werden, sondern durch eine neuerschaffende Gesundheitspolizei, nach Möglichkeit durch Frauen. Die Ausführungsbestimmungen werden von einzelnen Ländern herausgegeben werden. Daß die Sittierung der Mädchen und ihre Behandlung dabei auch in diesem Falle schicklich sein kann, soll nicht bestritten werden. Es ist aber doch ein himmelweiter Unterschied, ob das Mädchen, wie jetzt, zu befürchten hat, unter Kontrolle gestellt zu werden oder ob sie in Zukunft wissen wird, daß man sie nur einer Behandlung unterziehen will. Allerdings bietet der § 6 des Gesetzes gegen die Prostituierten und ihre Klienten auch insofern eine Handhabe, als hier Geschlechtskranken, die, obgleich sie eine Gefahr für ihre Umgebung vorstellen, den Beischlaf ausüben, Gefängnisstrafe angedroht wird.

Die Auflösung der Sittenpolizei dürfte in wenigen Monaten erfolgen. Die in kürzester Zeit zu erwartenden Ausführungsbestimmungen werden zeigen, in welcher Weise die neuerschaffenden Kontrollorgane der Gesundheitsbehörde ihre verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben werden. Wie immer, so wird auch hier das Ausschlaggebende der Geist sein, der diese Organe erfüllen wird — es sollte dies ein Geist der Menschlichkeit sein.

Reichsgericht und Wohnungswucher.

Wenn man sich auf den Standpunkt des Reichsgerichts stellt, so gibt es eigentlich kaum noch Wohnungswucher. In drei Entscheidungen hintereinander hat das Reichsgericht erklärt, daß unter Umständen Abstandsnummern von Hauswirten genommen werden dürfen. Demgemäß sind auch die von den Gerichten ausgesprochenen Verurteilungen als nicht zu Recht erkannt worden. Das Reichsgericht hat erklärt, daß der Vermieter berechtigt sei, von dem Mieter sich nicht allein die Aufwendungen, die ihm aus den öffentlichen Lasten, aus der Instandhaltung des Hauses und aus der Verzinsung des Anlagkapitals entstehen, vergüten zu lassen, sondern auch in Berücksichtigung irgendwelcher Ausfälle einmal zu zahlende Summen in Empfang zu nehmen. Gestern hatte die Berufungsinstanz Charlotten-

Die Silberschwärme

Von Rex Beach

[Nachdruck verboten]

Autentisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Julia Koppel

Herrn Waylands steifer Gruß ließ nicht ahnen, daß die beiden Männer je auf freundschaftlichem Fuß miteinander gestanden hatten. Emerson aber war auf Räte vorbereitet und setzte sich, ohne eine Aufforderung abzuwarten. Er konnte nicht umhin, diesen prachtvollen Wohnraum mit dem kahlen Schuppen zu vergleichen, den er selbst bewohnte. Der große geschmückte Schreibtisch, die schweren Lederstühle, das reiche Büffet machten einen unerhört prachtvollen Eindruck auf ihn. Seine Augen glitten über die Wände mit den Bücherregalen und kostbaren Malereien, und durch die Samtvorhänge sah er ein Schlafzimmer, mit kühlen weißlackierten Möbeln. Seine Füße traten mit Behagen auf den weichen Samt des Teppichs und voller Neid sah er hinter den Portieren das luxuriöse Bett mit den weißen Laken. Die schwere Zeit der Entbehrungen und Widrigkeiten hatten eine wilde Sehnsucht nach all diesem in ihm wachgerufen.

Herr Wayland hatte seine Brille abgenommen und wartete mit einem barschen Ausdruck auf seinem Gesicht.

„Ich habe Ihnen viel zu sagen, Herr Wayland,“ begann Emerson, „und ich möchte Sie bitten, mich bis zu Ende anzuhören.“

„Hängen Sie an.“

„Ich möchte Ihnen Dinge von Herrn Marsh erzählen, die Sie vielleicht nicht glauben werden, aber ich kann von anderen bezeugen lassen, daß alles wahr ist, was ich sage. Ich halte Sie für einen gerechten Mann, und ich glaube nicht, daß Sie die Methoden, die er mir gegenüber verwandt hat, gutheißen werden.“

„Wenn dies eine Anklage gegen Herrn Marsh sein soll, möchte ich Sie bitten, zu warten, bis er selbst zugegen ist. Er ist mit den Damen an Land gegangen.“

„Ich möchte zuerst mit Ihnen allein sprechen. Später können wir ihn hinzuziehen, wenn Sie es wünschen.“

„Bevor wir anfangen, möchte ich Sie fragen, was erwarten Sie von mir?“

„Ich möchte Sie um Ihren Beistand bitten.“

„Erinnern Sie sich nicht unserer Uebereinkunft?“

„Ich bitte Sie nicht um Unterstützung, sondern um Ihren moralischen Beistand.“

„Welchen Unterschied Sie auch zwischen diesen Worten machen, so verstehe ich nur das eine, daß Sie mich um eine Günst bitten?“

„Ich betrachte es nicht als eine solche.“

„Gut. Fahren Sie fort.“

„Als Sie mich vor drei Jahren fort sandten, damit ich ein Vermögen für Mildred verdienen konnte, war die Voraussetzung ehrliches Spiel auf beiden Seiten.“

„Haben Sie ehrlich gespielt?“ unterbrach Wayland ihn scharf.

„Ja. Als ich nach Chicago kam, hatte ich keine Ahnung, daß Sie an den Maststischereien interessiert waren. Ich hatte mir Geld verschafft, bevor ich überhaupt ahnte, daß Sie Willis Marsh kannten. Und da war es zu spät, um mich zurückzuziehen. Als ich nach Seattle kam, stieß ich auf alle möglichen unerwarteten Hindernisse. Ein Schiff, das ich gechartert hatte, ließ mich im Stich, Maschinenfabriken wollten mir keine Maschinen verkaufen, Frachten gingen verloren; schließlich verweigerte mir die Bank das Darlehen, das sie mir versprochen hatte, und keine andere Bank wollte mich stützen. Ich wurde auf alle mögliche Weise gequält und gepeinigt. Und es war kein Zufall, sondern Willis Marsh steckte dahinter. Er schickte Spione hinter mir her, er setzte einen Streik in Gang.“

„Woher wissen Sie, daß er dahintersteckt?“

„Ich habe keine geschnitzten Beweise, aber ich weiß es dennoch.“

Herr Wayland lächelte. „Das ist eine ziemlich unsichere Besoldigung. Wollen Sie ihn vielleicht auch für den Tod des streikenden Arbeiters verantwortlich machen?“

„Ja, und auch dafür, daß die Polizei das Verbrechen auf mich wälzen wollte. Als Herr Marsh dann nach Kalifornien kam, versuchte er zuerst meine Dampfkessel in den Grund zu bohren; als ihm dies mißglückte, machte er meine Eisenreiniger untauglich, und darauf verstopfte er den Zugang zu meinen Fischreusen, nicht, weil er mehr Fische gebrauchte, sondern weil er meinen Fang schädigen wollte. Als die Fischschwärme kamen, bestach er meine Fischer, den Kontrakt zu brechen, so daß mir zu wenig Arbeitskräfte blieben. Er hatte nicht für mehr Arbeiter Verwendung, sondern tat es nur, um mich zu vernichten. Als es mir gelang, statt der Weißen Indianer zu gewinnen, überredete er sie durch einen täglischen Kniff und durch Drohungen mich zu verlassen.“

Und heute nacht haben seine Fischer meine Fischer mit Gewalt daran verhindert, die Netze auszuwerfen. Alles, was ich wünsche, ist Arbeitsfrieden. Es gibt genügend Fische in Kalifornien für uns alle, Marsh aber hat die Uebermacht Ihrer Organisation dazu verwandt, um mich zugrunde zu richten — nicht aus Geschäftsrücksichten, sondern aus persönlichem Haß.“

„Ich sehe nicht ein, warum Marsh, selbst indirekt, für den Zusammenstoß der Prahme, für die Beschädigung Ihrer Maschinen oder für die Schlägereien zwischen den Fischern verantwortlich ist. Ich weiß im Gegenteil, daß er alles tut, was er kann, um Gewalttätigkeiten zu verhindern, weil der Fischfang darunter leidet. Er heuerte Ihre Leute, weil er sie nötig hatte. Niemand kann sagen, wer ihre Maschinen zerstörte. Mit Bezug auf Ihre Felle, so können Sie eine oder mehrere legen, wo immer Sie wollen. Willis Marsh hat mir alles, was Sie mir soeben erzählten, schon selbst berichtet, und ich erkenne daraus nur, daß Sie Ihre Kräfte mit einem Mann gemessen haben, der tüchtiger ist als Sie. Ihre Beschuldigungen machen keinen Eindruck auf mich, um so mehr, als ich weiß, daß Sie auf sehr nachdrückliche Weise versucht haben, sich selbst zu helfen.“

„Auf welche Weise?“

„Herr Marsh trägt noch eine Bandage nach dem Messer- stich, den sie ihm zugefügt haben.“

Emerson sprang auf.

„Er weiß, daß ich ihn nicht verwundet habe, jeder weiß es!“ rief er. „Er hat Ihnen etwas vorgelesen.“

„Sprechen wir nicht davon,“ sagte Wayne Wayland kurz.

„Was wünschen Sie von mir?“

„Ich wünsche, daß Sie der Verfolgung, deren Opfer ich bin, Einhalt tun.“

„Mit anderen Worten: Sie wünschen, daß ich Sie aus der Patsche ziehen soll.“

Emerson schluckte das Wort hinunter. „Ich will, daß man mich in Frieden arbeiten läßt.“

„Und das will ich nicht.“ Wayne Waylands Stimme klang plötzlich hart. Er biß seine gefundenen weißen Zähne fest aufeinander.

„Es ist Ihnen nach Verdienst ergangen. Sie verrieten mich, indem Sie mich auspionierten, als Sie in meinem Hause Gast waren. Ich finde an Herrn Marshs Benehmen nichts auszusetzen, und wenn ich es auch täte, würde ich ihn nicht kritisieren, denn alle Mittel sind erlaubt — einem Vertreter gegenüber.“

(Fortsetzung folgt.)

burg sich mit einem ähnlichen Fall zu beschäftigen. Die erste Instanz hatte den Angeklagten wegen Preisereiberei und Wohnungswucher zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Die Dinge lagen hier folgendermaßen: ein Herr J. beabsichtigte bei dem Angeklagten eine fünfzimmerwohnung zu mieten, an Stelle seiner vierzimmerwohnung, die er seinerseits einem anderen zur Verfügung gestellt hatte. Der Angeklagte verlangte noch eine Abstandssumme in Höhe von 1000 M. Herr J., dem für seine Wohnung eine Abstandssumme von 3500 M. versprochen war, ging darauf ein. Er erhielt jedoch nur 1500 M., stellte aber selbst zwei Monate, nachdem er die Wohnung bezogen hatte, die Zahlung der Miete ein. Er war gezwungen, die Wohnung zu verlassen, ersetzte aber nun Anzeige gegen den Hauswirt wegen Wohnungswuchers. Die Berufungsinstanz sprach den Angeklagten angeklagter der Reichsgerichtsentcheidungen frei.

Der Streit um den Droschkentarif. Bildung einer Tarifkommission.

Der Polizeipräsident teilt folgendes mit:
Am gestrigen Dienstag mittag fand unter Vorsitz des Polizeipräsidenten im Polizeipräsidium die angekündigte Sitzung mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft des Droschkenwesens statt, in der über die Frage des neuen Autodroschkentaris besprochen werden sollte.

Bekanntlich hatten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft unter sich in der Frage des neuen Tarifs keine Einigung erzielen können und dem Polizeipräsidenten infolgedessen zwei erheblich voneinander abweichende Vorschläge unterbreitet. Auch in der gestrigen Sitzung, zu der Vertreter des gesamten Droschkenwesens, der Automobilindustrie und des Automobilhandels erschienen waren, konnte trotz mehrstündiger Aussprache keine Einigung erzielt werden, da ein Teil der Arbeitsgemeinschaft noch wie vor an dem Einheitsarif festhielt, der andere Teil aber die Schaffung zweier Tarife für notwendig hielt. Einmütigkeit bestand nur darüber, daß auf die Dauer der zurzeit bestehende Kleintarif nicht aufrechterhalten werden könne. Als Ergebnis der Sitzung wurde die Bildung einer Tarifkommission beschlossen, die die Frage prüfen soll, inwieweit sich einmal die Betriebs- und Gesehungsstellen im Droschkenwesen geändert haben und inwieweit andererseits infolgedessen eine Erhöhung der Tarife notwendig ist. Über die Zusammenlegung der Kommission im einzelnen wird noch besonderer Beschluß gefaßt werden.

Wie wir dazu noch erfahren, schlugen die Annung Vereinigter Droschkenbesitzer und die übrigen Organisationen, die bisher zum Mittel- oder Großtarif gehalten waren, vor, dem neuen Tarif eine Grundgebühr von 20 Pf. unterzulegen, die aber nicht als fogenannte Vorfracht, sondern gleichzeitig als eine Bezahlung für eine Strecke von 400 Metern gelten soll. Der Targometer soll dann bei jedem weiteren 200 Metern um 10 Pf. vorrücken. Im übrigen stellt der Vorschlag dieses Teils der Arbeitsgemeinschaft darauf hin, die Kurzfahrten zu verbilligen. Nach der aufgestellten Skizze betrage die Durchschnittslänge einer Kraftdroschkenfahrt in Berlin 2 1/2 Kilometer. Bei Fahrten bis zu 3 Kilometer liegt der Tarifvorschlag unter dem bisherigen Mitteltarif, während bei Fahrten über 3 Kilometer sich die Preise dem Mitteltarif angleichen und etwas darüber hinausgehen. Die Annung begründet ihren Vorschlag damit, daß sie bei größeren Fahrten, die meistens nach den Vororten gingen, viel größere Strecken beurlaub hätten, als bei den kleinen Fahrten innerhalb der Stadt. Die weiteren Verhandlungen der Tarifkommission werden ergeben, inwieweit der künftige Tarif diesem Vorschlag folgen wird.

Verkleppt und mißbraucht. Ein fünfjähriges Mädchen aus der Gartenstraße wurde gestern verkleppt und mißbraucht. Der Kleiner, die auf der Straße spielte, näherte sich ein unbetannter Mann. Er lockte sie mit Bonbonen an sich, bestieg mit ihr einen Straßenbahnwagen und fuhr nach Buch hinaus. Auf einer Wiese dort verging er sich an ihr. Dann ließ er sie stehen und entfernte sich. Das Kind irrt weinend umher, bis zwei Frauen es antreffen und sich seiner annehmen. Das Mädchen konnte seinen Namen und die Wohnung angeben. Die Frauen brachten es zu den Eltern zurück, und die Mutter führte es einem Arzte zu, der die Verletzungen feststellte. Die Nachforschungen in der Gegend von Buch hatten bisher keinen Erfolg. Angaben zu seiner Ergreifung werden an die Dienststelle C. 4 im Polizeipräsidium erbeten.

Koennecke zum Ostasienflug gestartet.

Köln, 20. September.
Der Flieger Koennecke, dessen Doppeldecker „Germania“ schon seit Freitag zu dem geplanten Langstreckenflug nach Ostasien und eventuell darüber hinaus nach San Francisco bereitstand, ist nunmehr am gestrigen Dienstag nachmittags 14.24 Uhr auf dem Flugplatz Buchweilerhof gestartet.

Koennecke hatte, nachdem die noch immer ungeklärte Versicherungsfrage schließlich zu seiner Zufriedenheit erledigt war, gestern vormittags die Wettermeldungen aus Süddeutschland und Südosteuropa abgewartet, und als sich ergab, daß die Ausfahrten günstig waren, gab er nach 12 Uhr mittags den Befehl, die „Germania“ startfertig zu machen. Die Aufgabe des bevorstehenden Abfluges war nur wenig in Köln bekannt geworden, so daß nur eine kleine Schar von Zuschauern auf dem Flugplatz anwesend war. Dagegen bereite die Stadt Köln den Fliegern, dem Piloten Koennecke, seinem Begleiter Graf Solms und dem Funker Hermann aus Dessau, einen offiziellen Abschied. Oberbürgermeister Dr. Adenauer hatte sich mit Mitgliedern des Magistrats zum Flughafen begeben und entbot der „Germania“ die besten Wünsche für die Durchführung des Unternehmens. Nach 2 Uhr bestieg Koennecke mit seinen Begleitern die Maschine, der Junters-L-Motor wurde einer kurzen Bauprobe unterzogen. Dann hob Koennecke die Hand, und unter dem Abchiedswinken der Zuschauer rollte die „Germania“ über das Feld, um sich dann um 14.24 Uhr nach verhältnismäßig kurzem Anlauf glatt und sicher in die Luft zu erheben. An kurzer Zeit war der Doppeldecker in südlicher Richtung den Blicken entkommen.

Das Einsturzungsglück in Charlottenburg

Zwei Tote, drei Verletzte. — Spiel mit Menschenleben! — Warum wurde der Schacht nicht rechtzeitig geräumt?

Kurz vor Redaktionsschluss unserer gestrigen Abendausgabe ging die Nachricht ein, daß auf der Strecke Charlottenburg ein Eisenbahntunnel eingestürzt sei und daß mehrere Arbeiter durch Sandmassen verschüttet seien. — Etwa 1000 Meter hinter dem Bahnhof Charlottenburg, im Schnittpunkt der Köpenicker- und Suarezstraße, wird zurzeit ein Umbau der Eisenbahnlinien vorgenommen. Die Gleisanlagen in der Richtung Charlottenburg-Grünwald werden untertunnelt. Durch den Tunnel wird ein Gleis von Charlottenburg nach Halensee geführt. Die Ausschachtungsarbeiten waren äußerst schwierig. Sie mußten unmittelbar neben den Gleisen der Stadtbahn vorgenommen werden. Eine etwa 6 1/2 Meter breite und 9 Meter tiefe Baugrube war ausgehoben. Die Grube war nach beiden Seiten durch eiserne Träger und Bohlen abgestützt. Gestern vormittag um 9 Uhr vernahmten die bei den Ausschachtungsarbeiten beschäftigten Arbeiter ein Krachen in den Versteifungsstößen. Sie setzten den Bauführer von ihren Wahrnehmungen in Kenntnis. Dieser beauftragte Zimmerleute, die Versteifungen nachzukontrollieren und auszubessern. Um 11 1/2 Uhr vernahmten die Arbeiter stärkeres Krachen im Gebälk. Einer der Stützpfeiler gab nach. Wieder wurden Zimmerleute an die Arbeit geschickt. Aber gegen 13 1/2 Uhr brachen unter lautem Getöse alle Versteifungen in einer Breite von 12 Metern. Arbeiter wurden von den niederstürzenden Sandmassen begraben. Die unverletzten Arbeiter gingen mit großer Aufopferung ans Werk, um ihren verschütteten Kameraden zu helfen. Unermüßlich wurden die nassen, schweren Sandmassen abgetragen. Die Stützen wurden von der inzwischen herbeigeeilten Feuerwehr mit langen Stricken an Weise und sonstige Stützpunkte angebunden.

Die Unglücksstätte.

Der erste Anblick der Unglücksstätte ist erschütternd. An den Rändern des Schachtes hängen Eisenbahnseile in der Luft, die Unterbettung ist in den Schacht gestürzt. Lange Eisenträger liegen wild durcheinander. Eisenbahnlören, die zum Abtransport der Sandmassen dienen, liegen ebenfalls im Schacht. Zwischen Brettern und Bohlen, umgestülpten Lören graben die Arbeiter nach ihren Kameraden. An der Strohenfront hatten die Abperrungen zahllose Neugierige angelockt. Die Arbeiter sind verbittert. Nach ihrer Darstellung hätte unter allen Umständen nach dem zweiten Krachen in der Versteifung der Schacht geräumt werden müssen.

Zu diesem Unglücksfall erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Wie das Unglück geschah.

In dem etwa 9 Meter tiefen offenen Tunnelschacht, der erst zu einem Teil fertiggestellt ist, waren gegen 13 Uhr eine größere Anzahl Arbeiter der Tiefbaufirma Polensky u. Jöllner beschäftigt. Aus bisher noch ungeläuter Ursache gab die Tunnelwand, die durch große T-Träger versteift und mit Bohlen verkleidet war, plötzlich nach. Im nächsten Augenblick kürzte die Sandwand in einer Länge von 10 bis 12 Metern ein. Unauhaltsam strömten die Sandmassen in die Grube und verschütteten eine Anzahl der an dieser Stelle tätigen Arbeiter. Auf die Schreckensrufe eilte von allen Seiten sofort Hilfe herbei. Drei Arbeiter hatten sich nicht mehr in Sicherheit bringen können und waren verschüttet worden; zwei andere Arbeiter, denen es gelang, dem Hauptgefahrenherd zu entzinnen, wurden leichter verletzt. Zunächst war es den unterlegt gebliebenen Arbeitern wegen der weiteren Einsturzgefahr kaum möglich, an Rettungsarbeiten zu denken. Unter eigener Lebensgefahr gelang es dennoch, einen der Verschütteten in schwer verletztem Zustande aus den Sandmassen zu befreien. Von den beiden anderen Verschütteten fehlte zunächst jede Spur.

Schwierige Bergungsarbeiten.

Kurze Zeit nach Bekanntwerden des Unglücks traf die Feuerwehr auf den Alarm „Einsturzungsglück — Menschenleben in Gefahr“ unter Rettung des Bauarbeiters Scheele an der Unfallstelle ein. Auch das Städtische Rettungsamts war mit mehreren Rettungs-

wagen und Geräten herbeigeeilt. Bis zum Erscheinen der Behörden war es Arbeitskollegen gelungen, den Arbeiter Peter von Run aus der Schloßstraße 35 zu Charlottenburg noch lebend zu bergen. Er wurde in das St. Hildegard-Krankenhaus übergeführt. Zwei weitere Verunglückte, der 22jährige Zimmermann Karl Köhler aus der Aufmstraße 9 und der 51 Jahre alte Heinrich Schäfer aus der Räderstr. 9 zu Charlottenburg, die sich Kopfverletzungen und Quetschungen zugezogen hatten, konnten nach Behandlung auf der Rettungsstelle 32 und Anlegung von Korverbänden in ihre Wohnungen gebracht werden. Leider mußte festgestellt werden, daß noch zwei Arbeiter fehlten, die nur unter den Sandmassen begraben sein konnten. Die Bergungsarbeiten, die mit Ausbietung aller Kräfte gefördert wurden, gestalteten sich äußerst schwierig. Wiederholt stürzten Sandmassen nach und brachten die Rettungsmannschaften in Lebensgefahr. In aller Eile mußten deshalb Absteifungen angebracht werden, um ein weiteres Nachrutschen des Sandes zu verhüten. Erst nach über einständiger Tätigkeit, gegen 14.30 Uhr, stieß man auf die Leiche des 27jährigen Zimmermanns Bruno Lindner aus der Emser Straße 72 in Neutölln; wenige Minuten später wurde auch die Leiche des zweiten Vermissten geborgen. Der Name des zweiten Toten konnte nicht festgestellt werden, weil der Vorker, der anscheinend die Nerven verloren hatte, in der Aufregung über das Unglück fortgelaufen war. Zudem war gerade nach dem Einsturz Schloßwechsel eingetreten und ein Teil der Arbeiter der ersten Schicht hatte sich bereits von der Unfallstelle nach Hause begeben. Kurz nach 15 Uhr waren die Arbeiten für die Feuerwehr beendet. Starke Versteifungen waren angebracht worden, so daß vorläufig keine weitere Einsturzgefahr mehr bestand. Eine Untersuchungskommission der Reichsbahn und Beamte der Baupolizei weilten längere Zeit an der Unfallstelle, um die Ursachen des folgenschweren Einsturzungsglücks festzustellen.

Eine Erklärung der Tiefbaufirma.

Von der Firma Polensky u. Jöllner G. m. b. H., Tief- und Eisenbetonbau, der von der Reichsbahn die Ausführungen der Arbeiten übertragen wurden, wird berichtet, daß alle Sicherungsmassnahmen getroffen worden sind, um einem Unglücksfall, der so überaus selten gekommen ist, vorzubeugen. Starke T-Träger wurden in das Erdreich gerammt. Die aus Bohlen, Rundhölzern und Brettern bestehenden Spundwände sollen durchaus der Belastung entsprochen haben. Es besteht die Möglichkeit, daß die Regenmengen, die in der vorletzten Nacht und während des gestrigen Tages niedergingen, das Erdreich derart beschwert haben, daß die Versteifungen dem ungeheuren Druck nicht länger standhielten und einstürzten. Im Gegensatz zur Erklärung der Firma stehen aber die Wahrnehmungen der an der Unglücksstätte beschäftigten Arbeiter, und es wird Aufgabe der Untersuchungsbehörden sein, festzustellen, ob nicht doch eine Fahrlässigkeit der Bauleitung vorliegt.

Die Gleise der Stadtbahn, die unmittelbar an der Unglücksstätte vorbeiführen, waren längere Zeit für den Verkehr in beiden Richtungen gesperrt; später konnte der Betrieb in Richtung Halensee und Grünwald wieder einseitig aufgenommen werden, wobei die Züge an der Unfallstelle nur sehr langsam fahren mußten. Einzelne Züge hatten Verspätungen bis zu 30 Minuten.

Auf dem Hochbahnhof Hallesches Tor, wo gegenwärtig Umbauarbeiten zur Verbreiterung der Bahnsteige vorgenommen werden, ereignete sich gestern nachmittags ein schwerer Unfall. Der 20jährige Schlosser Theophil Gamiowski aus der Dieffenbachstraße 75, verlor auf dem Gerüst plötzlich den Halt und stürzte aus beträchtlicher Höhe auf die Straße hinab. G. zog sich innere Verletzungen und mehrere Beinbrüche zu. Er wurde durch einen Wagen des Städtischen Rettungsamts in die Universitätsklinik in der Ziegelstraße übergeführt werden.

Die Fahrt soll nach Ostasien über Angora, Persien, Indien, China führen. Die erste Etappe ist die Strecke Köln—Angora vorgesehen. Die Wetteraussichten für diesen Flug sind im allgemeinen gut. In Deutschland hat Koennecke ziemlich starken Rückenwind von etwa 40 bis 50 Kilometer in der Stunde, allerdings auch erhebliche Regenschauer und teilweise tiefliegende Wolken. Die zu überquerenden Gebirge wie Böhmerwald bzw. Erzgebirge sind zum Teil frei und bieten kaum größere Schwierigkeiten. In Desterreich war gestern der Wind schwächer und besseres Wetter als in Deutschland. Der Balkan meldete bei bedecktem Himmel gutes Flugwetter, so daß in meteorologischer Hinsicht alle Voraussetzungen für ein Erreichen des ersten Stuppenortes Angora gegeben waren.

Die spinale Kinderlähmung in Leipzig.

Leipzig, 20. September.
Die Zahl der an spinaler Kinderlähmung erkrankten und gestorbenen Personen hat sich neuerdings erheblich vermehrt. Während bis zum 13. September 73 Erkrankungen und 12 Todesfälle gemeldet wurden, ist die Zahl der Gesamterkrankungen bis zum Montag auf 32 gestiegen. Die Zahl der Todesfälle auf 15. Der Rat der Stadt wird über eine sofortige Schließung der Schulen beraten.

Wirksturm bei Hamburg. Ein heftiger Wirbelsturm, in Verbindung mit schweren Regenschauern, ging gestern nachmittags kurz nach 10 Uhr über Heterfen nieder. Verschiedene Dächer wurden erheblich beschädigt und teilweise abgedeckt. An zahlreichen Bäumen wurden starke Äste glatt abgedreht.

Auf der Jagstzwe eingeleitet. Dreißig Teilnehmer eines Sonderzuges aus Ulm sind auf der Jagstzwe eingeleitet, da die Jagstzwebahn wegen starken Schneefalls den Betrieb einstellen mußte.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Welt wolkig mit einzelnen Regenschauern. Temperaturen wenig geändert. — **Für Deutschland.** Im Osten noch wechsellagig mit Regenschauern, im übrigen Deutschland neue Eintrübung mit Landregen, Temperaturen wenig geändert.

Lichtfülle und gute Lichtverteilung



Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, dem 20. September.

- 1. Rennen. 1. Nifolin (Schiff), 2. Nifolin (Schiff), 3. Nifolin (Schiff)...

Vorkampf Dempsey-Tunney. Dempsey und Tunney haben das Training für ihren am Donnerstag in Chicago stattfindenden Kampf abgeschlossen.

Staatliche Befehle des Drei-Stunden-Rennens auf der Röhrl-Weide. Neben der interessanten Nominationsliste...

Parteinahrichten für Groß-Berlin

Achtung, Parteigenossen und Vorwärtsleiter der 'Gehag'-Siedlung Zehlendorf!

Arbeiterwohlfahrt. Einleitortaria für Beschäftigung der Ausstellung 'Das junge Deutschland'...

Heute, Mittwoch, 21. September.

Morgen, Donnerstag, 22. September.

Freitag, 23. September:

- 45. Abt. Schönlager. Übertragung sämtlicher Reichsführer ab 17 Uhr.

Achtung, Laubenkolonisten!

Am Sonntag, 24. September, 9 1/2 Uhr, findet im Lokal des Reichsbundes...

Frauenveranstaltungen.

- 1. Kreis. Frauenverein. Achtung und Arbeiterwohlfahrt: Freitag, 20. September...

Jungsozialisten.

Gruppe Südwest. Donnerstag, 20. September, 8 Uhr, im Jugendheim...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 14. Abt. Am Freitag, 18. September, verstarb nach langem Leiden unser Genosse...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Die Wanderleiter-Konferenz findet am Mittwoch, 20. September, im Lindenpark statt.

Funkwinkel.

Unter dem Titel 'Herbst' sprach Wilhelm Wäcker Dichtungen von Hölderlin, Flaubert, Nijtsche, Rilke, Traut und Klavud.

Gesamtsitzung für die Reichsausstellung am Sonntag, 24. September, im Rahmen der Ausstellung 'Das junge Deutschland'...

Heute, Mittwoch, 21. September, 19 1/2 Uhr:

Wobbling: Deutscher Arbeiter-Turner-Club. Die soziale Republik. - Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Eberhardstr. 27/28, 1. u. 2. Etage.

Arbeiter-Samariterkassen Reinickendorfer. Donnerstag, 22. September, 19 1/2 Uhr...

Reinickendorfer Arbeiter-Turner-Club. Donnerstag, 22. September, 19 1/2 Uhr...

Zu Haustrinkkuren bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-Nieren-, Blasen-, Harnleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatl. FACHINGEN. Zu Haustrinkkuren bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-Nieren-, Blasen-, Harnleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.

Großes Schauspielhaus. Die drei Mäder. Komödienhaus. Die drei Mäder.

CHANG

CHANG. Paramount-Film der Paramount. TÄGLICH AUSVERKAUFT! Ufa-Pavillon.

Reichshallen-Theater. Am Radesheimer Schloß steht eine Liebe. Der Himmel der Heimat.

Theater am Kotbuser Tor

Theater am Kotbuser Tor. Elite-Sänger. Die September-Variété-Revue.

Konjunktur und Lohnbewegung.

Scherzhafte Bemerkungen zu einem ernstem Thema.

„Morgens willste nich und abends kannste nich mit mir spazieren gehn.“ An diesen Refrain eines Berliner Schlägers erinnern manche im Tone väterlicher Fürsorge ausgesprochene Ratsschläge, doch von den bösen Lohnbewegungen abzusehen. Nach der Theorie von Konjunktur und Löhnen, die diesen Ratsschlägen zugrunde liegt, ist es so, daß man abends, das heißt bei schlechter Konjunktur, natürlich keine Lohnbewegung führen kann, sie bliebe erfolglos, aber morgens wenn die Hochkonjunktur dämmert, dann soll man die Lohnbewegung nicht führen, um die Hochkonjunktur nicht zu gefährden. Also überhaupt keine Lohnbewegung, hübsch ruhig sein, das berühmte freie Spiel der Kräfte wird für Harmonie sorgen. Die Arbeiter werden mit diesem Rezept so wenig zufrieden sein, wie das Mädchen mit dem Freund, der morgens nicht spazieren gehen will und abends nicht spazieren gehen kann.

Der Klient eines Verteidigers war wegen Diebstahl zu Gefängnis verurteilt worden, wobei ihm als strafverschärfend angerechnet wurde, daß er mit großer Dreistigkeit am helllichten Tage gestohlen hatte. In einem zweiten Diebstahlprozeß plädiert der Staatsanwalt für eine Strafverschärfung, weil der Diebstahl heimtückisch in tiefer Nacht ausgeführt wurde. In seiner Verteidigungsrede stellt der Anwalt diese beiden staatsanwaltlichen Auffassungen gegenüber und ruft mit erhobener Stimme: „Ich frage nun den hohen Gerichtshof, wann soll der Angeklagte eigentlich stehen?“

Analogie: Bei hoher Arbeitslosigkeit darf man keine Lohnbewegungen machen, sie würden die Arbeitslosigkeit vermehren, bei gesunkener Arbeitslosigkeit darf man keine Lohnbewegungen machen, sie würden die Konjunktur gefährden. Wir fragen die hohen Ratgeber: „Wann sollen die Arbeiter eigentlich Lohnbewegungen machen?“ Sie werden uns wie der hohe Gerichtshof und jeder brave Bürger dem Verteidiger wohl mit einem „überhaupt nicht“ antworten. Ruhe ist die erste Arbeiterpflicht, lautet die moderne Parole!

Das Kanzlerwort „Wie ich sie auffasse“ hat im Kriege bei der Sabotierung der Friedensresolution eine verhängnisvolle Rolle ge-

spielt. In der gegenwärtigen Wirtschaftsdiskussion wird viel von dem Ziel der Stabilisierung gesprochen. Die Stabilisierung, „wie sie sie auffassen“, soll nicht nur das Preisniveau der Waren, sondern auch das Lohnniveau betreffen. Geseht, sie gelänge in dieser Duplizität, so würde das sozial den Stillstand bedeuten. Unveränderte Preise, unveränderte Löhne, nur durch Erhöhung des Leistungsgrades steigende Gewinne, das wäre doch eine zu schöne Stabilisierung für diejenigen, die die Gewinne angeben. Nur böse Menschen und schlechte Volkswirte können diese Harmonie stören wollen und bei auch von ihnen erstrebter Stabilisierung der Preise, den Kampf um höhere Löhne, um höheren Anteil der Arbeiterschaft am Sozialprodukt für einen notwendigen Bestandteil des Fortschritts ansehen. Wie man das Ideal der Stabilisierung aufstellt, hängt halt ein wenig von dem Grad der Zufriedenheit mit dem bestehenden Zustand ab.

Nach der Weltwirtschaftskonferenz drückte der Hamburger Bankier Max Warburg seine Steptis über die Prognis der europäischen Zollpolitik mit den Worten aus: „Schutzoll per Kasse, Freihandel per Termin“. Gegenüber dem Stabilisierungsprogramm der Regierung am Vorabend einer neuen Lebenshaltungsverleierung durch die von dieser Regierung beschlossenen zweiten Mietenerhöhung in diesem Jahre haben wir einigen Anlaß zu der skeptischen Frage, ob hier nicht Lohnstabilisierung per Kasse gegen Preisstabilisierung per Termin gehandelt werden soll. Für solche Ulfancen aber ist die Arbeiterschaft nicht zu haben.

Ernsthafte Schlussfolgerung: Die Arbeiterschaft soll in ihren Lohnkämpfen das Bibelwort beherzigen: „Seid klug wie die Schlange.“ Das heißt in jedem Einzelfalle sorgfältig die Erfolgchance abwägen, keine leichtsinnige Unterschätzung der Gegenkräfte, keine Hasardeurkämpfe à la Lubendorf, aber auch kein Defaitismus, kein Verzicht auf Lohnkämpfe in der Hochkonjunktur auf Grund neu frischerter, aber darum nicht weniger verstaubter Harmonietheorien, die den Zufriedenen, aber nicht den um ihren Aufstieg Kämpfenden dienen.

sprechende Vollmachten hat, — daß es aber mit dem einen Riebeckstand noch nicht genug war und daß die Kugellagerkonvention noch einen zweiten produzieren konnte. Wir wiederholen deshalb unsere Frage von vor 14 Tagen: Was gedenken Sie jetzt zu tun, Herr Reichswirtschaftsminister?

Der Ferngaskampf um Köln.

Wieder ein sogenanntes Dementi der A.-G. für Kohleverwertung.

Unsere Mitteilungen über die Methoden der A.-G. für Kohleverwertung in Essen zur Durchsetzung ihrer Ferngaspläne insbesondere gegenüber der Stadt Köln haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Der „Deutschen Bergwerkszeitung“, dem Organ der Ruhrindustrie, haben sie zunächst die Sprache verschlagen. Sie ist still geworden mit ihren Fansarenidnen, und ganz verdeckt bringt sie jetzt auch die Mitteilung, daß die Provinz und die Stadt Kassel gar nicht daran denken, ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt gegenüber den Ruhrplänen aufzugeben. Sie muß auch eine Mitteilung abdrucken, nach welcher die im Kasseler Bezirk ansässige Braunkohlenindustrie sehr energisch an der Vorbereitung ihrer eigenen Ferngasabsichten arbeitet.

Die A.-G. für Kohleverwertung aber hat sich in der Kölner Frage zu einem Dementi jener Art aufgeschwungen, wie wir sie von früher her schon gewohnt sind. Gegen die sehr schweren Vorwürfe, die wir erheben mußten, findet sie nur einen Satz; die Meldung entspreche nicht den Tatsachen, ebenso gingen die übrigen Mitteilungen an den Tatsachen vorbei. Erklärungen, was verhandelt wurde, wagt sie nicht abzugeben. Nachdem sie wieder vorsichtig darauf hinweist, daß ihre Aktionäre nicht auf die Kohlsperre verpflichtet gewesen wären (was nichts gegen die von uns behauptete Existenz eines Verpflichtungsscheines bedeutet, denn zur juristischen Verbindlichkeit braucht es nicht gekommen zu sein, es genügt die nicht zu befreiende Absicht), sagt sie: „Phantastische Behauptungen dieser Art kennzeichnen sich offensichtlich als Versuchsballons, können aber trotz ihres zum Teil belebendenden Inhalts die A.-G. für Kohleverwertung nicht bewegen, aus der im Interesse schwebender Verhandlungen erforderlichen Zurückhaltung herauszutreten. Es genügt, derartige Meldungen als der Wahrheit nicht entsprechend zurückzuweisen!“

Wir stellen demgegenüber fest, daß wir nicht nötig haben, mit Versuchsballons zu arbeiten. Herr Seipel weiß, welches seine Absichten und Vorwürfe waren. Der Deffentlichkeit und den beteiligten Stellen wird es genügen, daß die A.-G. für Kohleverwertung Erklärungen zu unseren Mitteilungen nicht abgeben will. Sie hat ihre guten Gründe dafür.

Butter wird teurer und teurer!

Margarine muß herhalten.

In den Sommermonaten ist es gewöhnlich so, daß die Butterpreise etwas anziehen. So unerhört wie in diesem Jahre waren jedoch die Preissteigerungen noch nie. Bis zum 19. Juli kosteten 50 Kilogramm erste Qualität ab Station des Erzeugers noch 153 Mark. Am 26. Juli sprang der Preis auf 156, am 30. Juli auf 160, am 6. August auf 168 Mark, am 9. August auf 174 Mark, am 30. August auf 178 Mark, am 3. September auf 183 Mark, und am 8. September auf 188 Mark. Das ist in noch nicht zwei Monaten eine Steigerung um 35 Mark pro Zentner oder um fast 25 Prozent.

Die Einzelhandelspreise sind den Erzeugerpreisen sehr viel langsamer gefolgt. Immerhin ist die Leuerung schon sehr fühlbar. Nachdem nach den Feststellungen der Berliner Wirtschaftsberichte der Preis pro Kilo inländischer Molkereibutter vom 2. Juni bis 3. August von 3,80 auf 3,70 zurückgegangen war, ist seit dem 3. August eine Steigerung auf 4 Mark pro Kilo eingetreten, wobei in den meisten Geschäften nicht unerheblich höhere Preise verlangt werden. Die Butter, die ohnehin im Haushalt der arbeitenden Massen wegen ihres hohen Preises nur noch an Festtagen eine Rolle spielen kann, ist damit überhaupt unerwünschlich geworden. Da man das Nachhinken der Kleinhandelspreise hinter den Erzeugerpreisen kennt, ist mit Sicherheit noch eine weitere Leuerung zu erwarten.

Bereits ist ein Rücklassen des Konsums deutlich festzustellen. Der Handel, der natürlich die Zurückhaltung der Käufer merkt, hält in der Einbildung mit neuer Ware zurück und auf der anderen Seite geht die Käuferkraft sehr viel härter zum Verbrauch von Margarine über. Wenn auch zu hoffen ist, daß mit dem

Einfahren der kälteren Jahreszeit die Produktion wieder ansteigt und daß auch die Zurückhaltung der Käufer preisdrückend wirken wird, so bleibt die Tatsache, daß die Preissteigerung besonders der Erzeugerpreise unerträglich ist. Man muß wirklich die Frage stellen, ob die zahlreichen wohlmeinenden Herrschaften auf der bürgerlichen Seite, auch in der Regierung, die der Arbeiterschaft von Lohnbewegungen abraten, schon über die Mittel zur Verhinderung dieser Preissteigerung nachgedacht haben.

Hohe Forstgewinne — miserable Löhne!

Im Braunschweiger „Volksfreund“ Nr. 202 wird über die finanziellen Ertragnisse der braunschweigischen Staatsforsten berichtet. Sie brachten der Staatskasse im Jahre 1924 2,49, im Jahre 1925 3,03, im Jahre 1926 2,84 Millionen Mark Reinertrag, zusammen 8 363 516,80 Mark. Der Staatshaushaltsplan für 1927 sieht einen Ueberschuß von 2 075 300 Mark vor. Die größten Ueberschüsse werfen die Fichtenwäldungen ab. Die Laubwäldungen folgen erst in sehr großem Abstand. Ein Hektar Fichtenwald erbringt in 100 Jahren unter Zugrundelegung der jetzt geltenden Holzpreise 11 250 Mark, während ein Buchenwald von gleicher Größe in 120 Jahren nur 6400 Mark erbringt. Der Berichterstatter meint von den Einnahmen der braunschweigischen Staatsforsten, daß sie in den letzten Jahren fast immer größer gewesen sind, als beispielsweise die Ertragnisse der gesamten Landesgrundsteuer und daß sie das Rückgrat der Staatsfinanzen sind.

Nach diesen Angaben stellt ein Forstbetrieb heutzutage ein sehr einträgliches Geschäft dar. Er bringt Reinerträge, die in anderen Betriebsunternehmungen erst gesucht werden wollen. In hohem Maße bekremend wirkt angefaßt dieser Tatsache die schlechte Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft im Forstbetrieb. Sie ist so gering, daß die Waldarbeiter neben den Landarbeitern als die am schlechtesten bezahlte Berufsgruppe anzusehen sind. Soweit Braunschweig in Frage kommt, reicht die soziale Einsicht der braunschweigischen Regierung nicht einmal soweit, daß sie den Waldarbeitern so wie in vielen anderen Freistaaten beim letzten Weihnachtstest eine kleine Weihnachtshilfe auszahlt. Bei zukünftigen Unterhaltungen über die Rechnungsabläufe der Staatsforsten werden die Volksvertreter an die Bezahlung der Waldarbeiter besonders zu denken haben.

Angst vor der dänischen Vieheinfuhr. Dänemark hat vor einiger Zeit den Wunsch ausgesprochen, daß die scharfen Veterinärvorschriften bei der Einfuhr von dänischem Vieh an der deutschen Grenze gemildert und daß die Durchfuhr von lebendem Schladtvieh durch Deutschland gestattet werden soll. Ein sehr verständlicher Wunsch, denn das dänische Vieh, abgesehen von akuten Seuchenausbrüchen, mindestens so gut gehalten wird wie deutsches Vieh, darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber schon die Meldungen darüber, daß eine deutsche Regierungskommission die Frage in Dänemark an Ort und Stelle untersucht, hat sofort in interessierten Kreisen die sehr lebendige Angst vor einer verstärkten Einfuhr von dänischem Vieh ausgelöst. Die wohlinformierte Stelle, die durch die Telegraphenunion die interessierten landwirtschaftlichen Kreise sofort zu beruhigen suchte — man wird wohl Schietes Ministerium hinter ihr suchen müssen —, hat sich nun auch gleich gefunden. Es wird sorglich versichert, daß nur die dänischen Einrichtungen geprüft werden sollen und daß die Reichsregierung erst nach der Rückkehr der Kommission sich damit befassen wird, ob und in welcher Weise den dänischen Wünschen Rechnung getragen werden kann. Jedenfalls zeigt der Vorgang, wie sehr man sich bei den Interessenten der Tatsache bewußt ist, daß die scheinbar so harmlosen veterinärpolizeilichen Bestimmungen ein sehr wirksames Mittel zur Verhinderung der Vieheinfuhr an allen Grenzen ist.

Preiserhöhungen — um den Binnenmarkt zu schonen! Die deutschen Kartellherren haben auch Humor. Die letzten Berliner Besprechungen der Verbände der deutschen Emailindustrie brachten von verschiedenen Seiten, wie es ja jetzt an der Tagesordnung ist, Preiserhöhungsanträge von 10 bis 12 Proz. Dieser wirklich beträchtliche Aufschlag wurde nun nicht beschloffen. Dagegen wurde den Werken eine Preiserhöhung von 5 Proz. „zugestanden“, um einerseits das Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Verkaufserlös zu mildern (von Konjunkturausnutzung ist natürlich keine Rede) und andererseits, wie es so schön heißt, den „Binnenmarkt zu schonen“. Eine wirklich anständige Kartellverwaltung! Sie geht es den Werken, von denen sie in ihrer Existenz als Syndikatsverwaltung vollständig abhängig ist, statt 12 Proz. nur 5 Proz. zu. Diese Blüte gewählter Kartellsprache verdient wirklich festgehalten zu werden.

Aus dem AEG-Konzern. Hochtief bei der Eisengießer Hartung A.-G. Lichtenberg. Wir hatten schon mehrfach auf die jetzige Hochkonjunktur in den Berliner Eisengießereien hingewiesen, nachdem es sehr lange um die Eisengießereien Berlins nicht besonders günstig stand. So konnte auch auf der Generalversammlung der Eisengießerei und Gußstahlfabrik Hartung in Berlin-Lichtenberg, die dem AEG-Konzern gehört, für das seit dem 1. April laufende neue Geschäftsjahr eine glänzende Beschäftigung mitgeteilt werden. Sämtliche Betriebe sind bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Auch die bisherigen Gewinne lassen für das neue Jahr einen weit besseren Abschluß als im vergangenen erwarten. Dabei ist auch der Abschluß für 1926 trotz der Herabsetzung der Dividende von 6 auf 4 Proz. recht günstig. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings die Fusion mit der Landmaschinenfabrik Enth-Lesser in Brandenburg. Die Betriebsgewinne übertreffen mit 1 Million die des Vorjahres um 300 000 Mark, und der Reingewinn von 166 000 Mark bleibt nur unwesentlich hinter dem Abschluß von 1925/26 zurück. Die Bilanz hat sich durch die Verschmelzung mit der Enth-Lesser Maschinenfabrik in Brandenburg sehr verändert. Die neu hinzugekommenen Anlagen haben den Gesamtwert der Grundstücke, Werke und Maschinen von 1,5 auf 2,9 Millionen Mark erhöht. Außerdem sind die Beteiligungen durch den Erwerb der Aktienmehrheit bei der Maschinenfabrik Otto Jachmann A.-G., Berlin, mit 345 000 Mark verdoppelt. Die aus der Fusion, dem größeren Geschäft und den Aktienkäufen neu entstandenen Verpflichtungen kommen in einer starken Erhöhung der Schulden, wahrscheinlich gegenüber der AEG., zum Ausdruck. Sie haben sich von 400 000 Mark auf über drei Millionen erhöht.

Erfolgreiche Preiserhöhungswünsche der Braunkohlenindustrie. Wie gemeldet wird, hat die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie erneut versucht, den Reichswirtschaftsminister dazu zu bewegen, einer Erhöhung der Preise für Hausbrandbriketts und der Preise für Rohbraunkohle zuzustimmen. Der Reichswirtschaftsminister hat auch diesen Wünschen aus wirtschaftspolitischen Gründen keine Förderung zugehen können.

Allgemeine Steigerung der Kohlenförderung im August. Der Monat August hat für sämtliche Kohlenbezirke in Deutschland, auch für die Braunkohle, eine ziemlich beträchtliche Erhöhung der Förderung gebracht. Im Ruhrbezirk von 9,68 auf 9,93, im Sächsischen Bezirk von 0,41 auf 0,43, im westerschlesischen Bezirk von 1,66 auf 1,74 und im niederschlesischen Bezirk auf 0,48 Millionen Tonnen. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hat seine Kohlenförderung von 8,25 auf 8,62 Millionen Tonnen erhöht. Die Belegstellen betragen im Ruhrgebiet 404 066 und in Oberschlesien 51 000 Mann. Wenn auch im Förderlager mehr zu rechnen ist, ist die Entwicklung noch wie vor günstig.

14 000 Mann Belegschaft bei Daimler-Benz. Die Daimler-Benz A.-G. Mannheim, die sich noch im vergangenen Herbst in großen Schwierigkeiten befand, ist nach übereinstimmenden Meldungen zurzeit in sämtlichen Abteilungen voll beschäftigt. Der Umsatz betrug im Juli 15 und im August 14 Millionen Mark. Der Rückgang im August sei nicht auf Konjunkturschwäche, sondern auf Umstellungsarbeiten zurückzuführen. Die Arbeiterzahl ist von 9 000 Mann im April auf 14 000 gestiegen.

Kartelle und ihre Außenseiter.

Zu den Skandalen in der Kugellagerindustrie.

Der „Vorwärts“ hat an anderer Stelle mehrfach über die gegen die Riebeck-Werke A.-G., Berlin-Weißensee, eingeleitete Politzeaktion ausführlich berichtet. Die Sache hat auch eine wirtschaftliche Seite. Wir wollen deshalb an dieser Stelle die in der Dunkelkammer der Deutschen Kugellagerkonvention betriebene Kartellpolitik, die auch mit dieser Politzeaktion wohl in engem Zusammenhang steht, wieder näher beleuchten. Die Anklage der Betriebsräte der Kugellagerfabrik August Riebeck in Berlin-Wittenau, die wir in Nr. 420 unseres Blattes veröffentlichten, gab schon ein deutliches Bild besonders von den Maßnahmen, die von der Kugellagerkonvention gegen Außenseiter angewendet werden. Die uns jetzt von der Verwaltung der Riebeck A.-G., Berlin-Weißensee, abgegebenen Erklärungen sind deshalb bedeutungsvoll, weil sie die Anklagen des Wittenauer Betriebsrats über die dort befolgte Kartellpolitik in vollem Umfange bestätigen.

In der deutschen Kugellagerkonvention übt die S. K. F. Norma A.-G., Berlin und Stuttgart, einen maßgebenden Einfluß aus. Diese Firma, in der größtenteils schwedisches Kapital arbeitet, ist eine Tochtergesellschaft der Schwedischen Kugellagerfabrik in Göteborg, die durch ein ausgedehntes Netz von Tochtergesellschaften in Europa und Amerika ähnliche Ziele zur Erreichung eines internationalen Monopols verfolgt, wie der schwedische Zündholztrust. Bereits im vorigen Jahre versuchte die Riebeck A.-G. noch als Mitglied der Konvention, eine Reform der Kugellagerkonvention durchzuführen, um durch eine Teilung des technischen Programms und andere fabrikatorische Rationalisierungsmaßnahmen eine Verbilligung der Produktion und entsprechende Preisentkungen herbeizuführen. Da sie mit diesen Vorschlägen bei der Mehrheit der Mitglieder auf Widerstand stieß, erklärte die Riebeck A.-G. mit den ihr gehörigen Riebeck-Werken ihren Austritt aus dem Syndikat.

Durch rationelle Ausnutzung der Produktionsmittel war es Riebeck möglich, die Abnehmer aus der Automobil- und Motorradindustrie um 20 bis 30 Proz. billiger zu beliefern, als die in der Konvention zusammengeschlossenen Werke mit ihren hohen Syndikatspreisen. Da sich die Kugellagerkonvention mit ihrer Preispolitik bei den Abnehmern ohnehin sehr unbeliebt gemacht hatte, nahmen die Aufträge bei den jetzt als Außenseiter auftretenden Riebeck-Werken beträchtlich zu. Sie mußten ihre Belegstellen und ihre technischen Apparate fast verdoppeln. Also ganz dieselbe Entwicklung wie bei der Wittenauer Kugellagerfabrik.

Natürlich pagte dieses Aufblühen der Außenseiterwerke den Herren der Konvention ganz und gar nicht. Das Schicksal des Wittenauer Werkes ist bekannt; es wurde aufgekauft und soll stillgelegt werden. Ein anderer Außenseiter, die Hollmann A.-G., Wehlar, wurde von dem gleichfalls sehr einflußreichen Syndikatsmitglied, der Schweinfurter Präzisions- und Kugellagerwerke Fichtel u. Sachs A.-G. aufgekauft. Gegen die Riebeck A.-G. Weißensee, versuchte erst vor acht Tagen ihr erbittertester Konkurrent, die S. K. F. Norma, einen entscheidenden Schlag zu führen. Auf einer Syndikatsversammlung in Frankfurt beantragte diese Gesellschaft, daß die Spezialkugellagerwerke, deren Lieferungen für die Kugellagerindustrie unentbehrlich sind, die Riebeck-Aktiengesellschaft mit einem Lieferkontrakt belegen sollen. Da den anderen Mitgliedern bekannt war, daß das Riebeck-Werk auf längere Zeit mit Material versorgt war, sich dieser nach außen hin sehr gefährliche Beschluß also als ein Schlag ins Wasser erweisen würde, einigte man sich immerhin darauf, daß künftig die Kugellagerfabrik Riebeck statt der üblichen 30 Proz. nur noch 15 Proz. Rabatt gewähren sollten.

Wir wollen dieser Darstellung, die wohl eine einseitige ist, nicht viel hinzufügen. Was sie an Tatsachen behauptet, ist für jeden in der Kartellgeschichte etwas Erfahrenen einfach plausibel. So wird es eben gemacht. Es ist auch gut, daß es nach dem Riebeck-Rach in Wittenau, nun zu einem Riebeck-Rach in Weißensee gekommen ist. Es ist gut, daß sich die Berichte auch mit der Kugellagerkonvention befassen und die Methoden, hoffentlich in breiter Deffentlichkeit, aufdecken müssen, mit denen gearbeitet wurde und wird. Bedauerlich ist nur, daß wir eine Kartellaufsicht haben, die auch die Volkswirtschaft gegen den Mißbrauch der Kartellgewalt zu schützen hätte, und einen Reichswirtschaftsminister, der ent-

Drei Tage im gleichen Trott.

Von Max Barthel.

Karl Hammer war Reporter in einer sächsischen Provinzstadt und vollkommen unbekannt, bis ihn ein Verbrechen in das Licht der Öffentlichkeit stellte. Ihm gelang es nämlich, einen dunklen Mordfall in vier Tagen aufzuklären. Das machte ihn berühmter, als wenn er ein gutes Buch geschrieben hätte. Eine Berliner Zeitung sicherte sich den kleinen Reporter aus der Provinz. Er kam nach Berlin, und da gelang ihm der zweite Schlag: die Aufdeckung einer sensationellen Schiebung, in die auch einige Finanzgrößen und Beamte verwickelt waren. Man suchte die Bekanntheit des findigen Reporters, und auf einer zufälligen Gesellschaft befragte ihn der Hausherr, wo er seine kriminalistische Begabung entdeckt hätte.

„Am Kriege, Herr Doktor,“ antwortete Hammer. „Am Kriege. Ich war vierzig Monate an der Front und immer ganz unten als gemeiner Soldat. Da lernt man die Augen und die Ohren aufreihen.“

„Was hat der Krieg mit Mord und Diebstahl zu tun?“ fragte ein junger Mensch dazwischen, der das Abzeichen seiner Gesinnung nicht nur am Rock trug. „Der Krieg ist das große Wunder, in dem sich das Böse einigt und reinigt. Nur der Krieg.“

„Sehr gut, Wilhelm, sehr gut!“ plapperte ein altes Männlein und versuchte sich in die Brust zu werfen. „Der Krieg ist das Stahlbad für die Nation.“

„Lieber junger Freund,“ wandte sich Hammer an den Jüngling und gleichzeitig an den alten Herrn. „Lieber junger Freund, was wissen Sie vom Krieg, he? Ich war im Feuer und in der Sturmreferat, gestatten Sie, daß ich aus der Reserve herausträte und nur drei Tage schildere, drei langweilige, ode, blöde Tage, um die Fragen zu beantworten: erstens, was ist der Krieg und die Doppelfrage: was hat er mit Mord und Verbrechen zu tun. Ich will mein Material ganz ungeordnet geben, wie es mir in den Sinn kommt. Sie werden es selbst ordnen, lieber, junger Freund!“

„Der schreckliche Krieg!“ seufzte die junge Frau des Gastgebers. „Ich möchte nicht immer von solchen gräßlichen Dingen hören. Bitte, Herr Hammer, erzählen Sie uns lieber, wie Sie auf die Spuren des Mörders kamen.“

„Entschuldige bitte Laura,“ entgegnete ihr Mann. „Vielleicht interessiert uns doch der Zusammenhang zwischen Krieg und Verbrechen. Bitte, Herr Hammer.“

Die Gäste rückten näher heran und versanken in tiefe Reflexion, die Damen verzogen sich lächelnd und hätten lieber meinen mögen über die Brutalität der Männer, der Jüngling und der alte Herr, die für den Krieg schwärmten, setzten ein hochmütiges Gesicht auf und Hammer begann:

„Am zwölf Uhr bricht der Frieden aus!“ war eine unserer ständigen Redensarten im zweiten Jahr. Das mag jetzt vielleicht dummen klingen, aber stellen Sie sich das bitte mal bildhaft vor: Krieg brach aus wie Weltuntergangsgewölbe — wie bricht der Frieden aus? Wenn wir daran dachten, hörten wir Choräle, Sabelschreie und Gefächter. Wir lagen damals in einem kleinen Tal der Argonnen in Reserve und hatten Arbeitsdienst. Es war im Herbst und es regnete fast jeden Tag.

Der erste Tag, den ich beschreiben will, kleiner Kriegsschwärmer, der erste Tag im gleichen Trott war so: um 1/7 Uhr morgens kam der Posten und wachte. Er erzählte, daß gestern in der alten Stellung, in der wir früher lagen, zwölf Mann durch Granatfeuer gefallen waren. Das war eine ausgezeichnete Nachricht und wir haften die ekelhaften Ratten unfreies Logers nicht mehr so leidenschaftlich. Wieder leben und sich mit Ratten rumquälen als tot sein und von den Vögeln angegriffen werden.

Hinaus in den dunklen Morgen, das Schanzzeug über, zwanzig Mann los in das Reutritonal, in dem gestern ein Minenwerfer geschossen wurde. Zuerst kamen wir durch gierlich ausgefuchstene, verlassene französische Gräben und dann in das Lager der Cisternen. Die Sammelkommandos waren schon weg und suchten alte Pumpen, Stiefel und Metallstücke zusammen für den Rücktransport nach Deutschland. In der Front darf nichts umkommen, lieber, junger Freund, kein Stiefel und kein Spaten, und wenn ein Kamerad fiel, dem haben sie auch noch den Rock ausgezogen. Ohne Rock kommt ein richtiger Soldat auch in den Himmel, was sollten sonst die armen Ruschfoten tun, die keine Beine oder keine Köpfe mehr haben?

Wir waren bald nah bis auf die Knochen, und der Unteroffizier Meyer, der in unsere Kompanie strafversetzt war, weil er früher ein langes Arbeiterblatt, die Berner „Tagwacht“ gelesen hatte, Herr Meyer begriff den Zug der Zeit und war stolz auf den Orden, den er gestern bekam, auf die Verdienstmedaille war er stolz und wurde deshalb eine Dienstkanalle. Er gönnte uns keine Minute Raft bei der scheußlichen Arbeit, aus dem Trümmerhaufen die zerfetzten Leichname dreier Minenwerfersoldaten auszugraben. Nur die Franzmänner gönnten uns ab und zu Ruhe, sie schossen nämlich Minen, junger Herr, und da warfen wir uns in den blutigen Dreck und warteten, bis alles vorüber war. Ich will mit der Beschreibung unserer Gefühle nicht länger aufhalten, mittags um 1 Uhr rückten wir in das Lager ab. Wir krochen in die Unterstände, aßen, tranken, verbauten, spielten Karten, lauschten uns, jagten nach Ratten und schossen sie über den Haufen, haßten uns, weil wir zu enge wohnten, und warteten auf den nächsten Tag.

Vom nächsten Tag ist nicht viel zu berichten. In der Nacht hatte es geschneit. Zwanzig Mann stark marschierten wir zum Bahnhof „Barritade“. Beim Anreten begann der Franzmann unser Lager zu suchen, schob sich gut ein und ein Granatplitter traf den Unteroffizier Müller in den Rücken und setzte das Herz dem Mann an der Brustseite heraus. Er war sofort tot. Wir gingen zur Arbeit und schleppten vier Stunden schwere Zentnerminen, kamen an dem Werferstand von gestern vorbei, der neuaufmontiert war und schon wieder Minen vom Franzmann über die Berge hufete.

Dem Werfer gegenüber lag ein alter Franzosenfriedhof unter schwerem Feuer. Alle Gräber waren schon zerstört, aber ein blinker, unversehrter Grabstein leuchtete in der Sonne. Die Franzmänner dachten wahrscheinlich, dort habe sich ein Beobachter von uns eingebaut und funkten nun auf Teufel komm raus in die eigenen Gräber. Unsere Werfer gaben krachende Antwort, und wir liefen, auf dem Budel hochqualifizierten Sprengstoff, keuchend durch das absolut nicht leibliche Konzert. Ein Mann unserer Kolonne stürzte auf dem Knüppelweg und verstauchte sich den rechten Fuß, er durfte ins Lager zurückhumpeln und bekam fünf Tage Schonung. Wir hatten keine Schonung, wir mußten unsere Minen schleppen,

Als wir in das Lager kamen, schneite es nicht mehr. Der Unteroffizier Müller, der Mann ohne Herz im wahrsten Sinne des Wortes, lag steif und starr in einer Zeltbahn und wartete auf das Grab. Kurz vor dem Begräbnis stahl ihm ein unbekannter Soldat die fast neuen Schnürschuhe. Er konnte sie, da er lebendig war, noch lebendig, viel besser gebrauchen als der Tote.

Der dritte Tag, der letzte Tag für Sie, junger Kriegsschwärmer, lieber, alter Herr von wegen Stahlbad! Wir treten mittags um 12 Uhr an. Der Herr Hauptmann der Nachbarkompanie ist, weil die Franzmänner unser Lager gefunden haben, plötzlich krank geworden und nach der Clappe abgehauen. Der Herr Hauptmann!

Bei Hugenbergs.



„Paris enträset — London eifrig — Brüssel verstimmt — New York kühl, — — — na also, überschreiben wir: Begeistertes Westecho der Hindenburg-Rede.“

Dieser Herr Hauptmann! Wir konnten ihn gut. Einmal wurde fünf Kilometer links von uns gesprengt, er ließ seinen Graben besetzen und hielt vorher folgende Rede: „Tag, Kompanie. Rührt euch. Es geht jetzt los. Ihr müßt euch bereit halten. Ihr seid junge Kerle, und für einen jungen Kerl von 20 Jahren muß es ein Vergnügen sein, in die Luft zu fliegen. Stülgestanden! Wegtreten!“ Und als dann nach der blödsinnigen Befehlung ein Mann fiel und begraben wurde, ließ er seine Leute nochmal antreten und verzapfte folgenden Mist: „Tag, Kompanie. Stehen heute ergötzen am Grab von Kamerad Megger. Er fiel und starb ehrenvollsten Tod. Wie es heißt im alten Lied: Heute rot, morgen tot. Stülgestanden! Wegtreten!“ Er trat auch weg, lieber, junger Kriegsschwärmer, aber er trat weg, ehe er tot war. Er trat weg, als er noch rot war . . .

Vier Stunden hatten wir gearbeitet, vorn in der ersten Linie, da fehlten die großen Sprengungen ein. Ich hatte das Gefühl, als taumelten die Hügel, es war, als fielen die Berge in die verschlammten Täler. Wir vertrocknen uns in alle Laufgräben. Die Sanitätser kamen mit schwankenden Bahren und ersten Verwundeten. Ein junger Soldat, ein halbes Kind noch, ein Kriegsfreiwilliger, rannte mit irrsinnigen Augen an uns vorbei. Er war barhäuptig, und das helle Blut rieselte aus seinem Mund. Dann kam der Kampf um die Sprenggräber. Wie im Spiel wirbelten die Handgranaten von beiden Seiten, erpöberten, freipterten dunkel und dumpf, Maschinengewehrfeuer hämmerte wahnhaft dem rauchenden Krater zu und dann nahmen die brüllenden Haubitz und Langrohrgeschütze das Wort. An Arbeit war nicht mehr zu denken, wir liefen nach dem Lager und wurden am Abend angepöfien, weil wir ohne Befehl die Stellung verlassen hatten. Der Tag war regnerisch. Der Abend war mondhell, ausgeregnet und schön.

Das, meine Herren, sind nur drei Tage in zarten Umrissen aus dem Blutgemälde von vier Jahren. Rohmaterial, das ich ausbreite und das mit dem Mord und dem Verbrechen auf du und du steht. Da sprangen mir Augen und Ohren auf, Herr Doktor, und da entdeckte ich auch meine kriminalistische Begabung. Damals mußte ich sie unterdrücken, denn Mord war staatlich anerkannt und Verbrechen erwünschte Tugend . . . Ich hätte auch eine Schicksalsschilderung können, junger Herr,“ wandte sich Hammer an den Jüngling, „aber vielleicht hätten Sie dabei an heroische Dinge gedacht und nicht an die zerfetzten Minenwerfer, an die ekelhaften Ratten, an die trostlose Gemeinheit mancher Offiziere und Feldwebel, an die schwere Arbeit, an den Hunger und an die Wäse. Was wissen wir überhaupt noch vom Kriege?“ schloß, an alle gewandt, der Reporter seine Erzählung. „Wir haben alles vergessen und nichts dazu gelernt. Kleiner Bauchschuß gefällig im nächsten Kriege, Herr Studienrat? Retien, hübschen Typus, Herr Baumeister? Was meinen Sie zu einer Gasvergiftung, Herr Doktor?“

Keiner der Herren antwortete. Das drückende Schweigen zerfließ der Reporter, indem er schnell aufstand und sich verabschiedete. Als er gegangen war, erschien auch Frau Laura mit ihren Freundinnen wieder. Bald plätscherte das Gespräch in wohlgeordneten Bahnen. Von Karl Hammer wurde, wie auf geheime Verabredung hin, kein Wort gesprochen. Nur der junge Mensch namens Wilhelm dachte an ihn und nahm zögernd das silberne Abzeichen seines Wehrbundes von der Brust.

Rauhe Studentensitten.

Zum Jubiläum der Universität Upsala.

In Schweden feiert man das 450jährige Jubiläum der Universität Upsala; aus diesem Anlaß sind viele lustige und merkwürdige Dinge aus der Geschichte der Universität bekannt geworden.

Der wißbegierige Jüngling, der im 17. Jahrhundert aus seiner fernem Heimat die weite Reise nach Upsala anzutreten hatte, zitterte weniger vor den Räubern, die damals die Wege unsicher machten, oder vor dem Eintrittsgeld in die Alma mater, als vor den Prüfungen, die er zu bestehen hatte, um in den Kreis der Studenten aufgenommen zu werden. Dazu gehörte zu allererst die sogenannte „Deposition“ oder das „Ablegen der Hörner“. Dieses Karrenspiel wurde als festlicher Akt in einem der akademischen Säle in Anwesenheit der Professoren, der Ehrenbürger der Stadt und der ehrwürdigen Frauen abgehalten. Die jungen Leute wurden von dem Depositor, der die Zeremonie leitete, in Lumpen gehüllt. Ihr Gesicht wurde geschwärzt, an ihre Kappe wurden Efelsohren und Hörner angebracht und in den Mund Schweinszähne gesteckt. Dann wurden die angehenden Studenten von dem Depositor in den Saal geführt, wo die Zuhörer schon ungeduldig warteten. Mit närrischen Grimassen schimpfte der Depositor die zukünftigen Studenten aus, ging aber allmählich in einen ernsteren Ton über und sprach von den Fehlern der Jugend. Dann stellte er viele Fragen, die schwer zu beantworten waren, da die Schweinszähne am Sprechen hinderten. Die jungen Leute grunzten wie Schweine und bekamen dafür Backpfeifen. Schließlich wurden die Schweinszähne mit einem Hieb entfernt, um anzudeuten, daß „das Tierische den angehenden Studenten verlassen habe“. Ebenso grob befreite man die jungen Wärschen von den Efelsohren und den Hörnern, dann durften sie sich waschen und anständige Kleidung anlegen. Erst nach dieser „spohigen“ Zeremonie, für die den älteren Kollegen noch „Waschungsgelder“ gezahlt werden mußten, gehörte man zu den akademischen Bürgern der Universität. Wurde das Geld nicht bezahlt, so wurde der Neuaufgenommene von den Kameraden so lange mit Ausrufen gehänselt, bis er seine Schuld beglichen hatte. Nach der Deposition wurde ein großes Trinkgelage abgehalten, bei dem der Neuling unaufhörlich in den Keller laufen mußte, um Bier für die Gesellschaft zu holen. Damit alles „ordentlich“ verlief, wurde über jede Zeremonie ein genaues Protokoll angefertigt.

Mit diesen beiden Prüfungen hatten die Leiden der Reutlinge aber noch nicht ihr Ende erreicht; sie mußten nämlich in den nächsten neun Monaten noch verschiedene Dienste verrichten und vor allen Dingen den älteren Kollegen aufwarten, um „dabei Höflichkeit zu lernen“. Nur obdies Studenten gewannen einige Erleichterungen. Erst gegen das Ende des 17. Jahrhunderts wurden diese Bräuche allmählich gemildert, und die Studenten widmeten ihre freie Zeit würdigeren Dingen.

Die sauerste Beere.

Bonbons und Tinte aus denselben Früchten.

Die hochroten Beeren, die in zierlichen Traubchen jetzt die Berberitzensträucher oder den Sauerdorn bedecken, können sich tatsächlich „rühmen“, die sauersten unter den Beerensträuchern der deutschen Flora zu sein. Sie führen daher den Namen „Eßigbeeren“ mit vollem Recht, denn sie enthalten soviel Apfel- und Zitronensäure, daß man mit einem halben Liter Berberitzenlast die zusehenderweise Menge Trauben- oder Obstweins in Essig verwandeln kann; aus seiner anderen Frucht vermag man auch nur annähernd soviel Säure zu gewinnen. Gleichwohl ist die allstarke Säure in den Beeren, die übrigens nach einem leichten Frost wesentlich süßer werden, durch reichlichen Zuckergehalt aus, so liefern sie sehr schmackhafte Marmeladen; die Berberitzen können auch süßen Fruchtmostarten beigemischt oder zur Herstellung erfrischender, süßsaurer Fruchtbonbons verwendet werden. In Schweden verwendet man den Berberitzenlast besonders gern zum Würzen des Punsch, ein Rezept, das von dem berühmten Botaniker Linné stammen soll, der als erster auf die Verwendbarkeit der Berberitzenbeeren aufmerksam gemacht hat. Für den Chemiker besitzen die Berberitzen insofern Bedeutung, als er ihnen die sehr wertvolle Apfelsäure entzieht. Wird der Saft der Berberitzen mit Alaun vermischt, so erhält man eine gute Tinte. Der Berberitzenstrauch ist auch in seinen übrigen Teilen gut zu verwenden; man gebraucht die Wäster, den Bast von Ast und Stamm, das Holz und sogar die Wurzel. Aus den jungen Blättern kann man ein Gemüse bereiten, das im Geschmack an Sauerkraut erinnert, der Bast des Stammes und der Rinde dient zum Gelbfärben, das Holz liefert ein ganz vorzügliches Material für Drechslerarbeiten, und aus der Wurzelrinde werden Medikamenten hergestellt. Ihren Namen verdankt die Berberitze ihrer Heimat; sie stammt nämlich aus der Berberite, dem nordwestlichen Teil von Afrika und ist über die Mittelmeerländer nach Deutschland gelangt.

Trotz seiner vielen guten Eigenschaften ist der Berberitzenstrauch aber auch ein recht gefährdetes Gewächs, weil er die Nährpflanze des gefährlichen Getreideerosers ist und daher vor allem aus der Nähe von Getreidefeldern entfernt werden muß. Schon bevor die Wissenschaft festgestellt hatte, daß die gelben Flecke auf der Unterseite der Berberitzenblätter Rostsporen sind, die durch den Wind auf Getreidehalme übertragen werden, hatte das Volk die Schädlichkeit des Berberitzenstrauches für die Getreidefelder erkannt. Im 17. Jahrhundert wurden in Frankreich, später auch in Amerika und in Deutschland, Gesetze erlassen, um den Berberitzenstrauch überhaupt auszurotten. Eine völlige Ausrottung des Strauches ist aber überflüssig; nur in der Nähe von Getreidefeldern sollte der Strauch in einem Umkreise von etwa dreihundert Metern entfernt werden.

Vögel als Bauchredner. Einer der Vögel, über dessen Lebensweise wir wegen übergroßer Seltenheit nur lückenhaft unterrichtet sind, ist der Leierschwanz Australiens. Das Männchen ist bei diesen fasanenähnlichen Vögeln durch vier leiersörmige nach außen gebogene, etwa drei Viertel Meter lange Schwanzfedern gekennzeichnet. Dem kräftig entwickelten Singmuskelapparat entsprechen auch die Leistungen dieses Singvogels. Der gewöhnliche Vortrag ist außerordentlich durchdringend schrill und weitgeschallend. Der eigentliche Gesang dagegen ist merkwürdig leise. Die lebhaften, verworrenen Strophen lassen sich nur dann hören, wenn man dem Vogel ganz nahe gekommen ist, was bei seiner großen Menschenscheu allerdings recht schwierig ist. Man hat diesen Gesang geradezu als „Bauchreden“ bezeichnet, da er aus großer Tiefe zu kommen scheint. Ueberraschender ist jedoch eine andere Fähigkeit der Leierschwänze; sie können alle denkbaren Töne und Geräusche nachahmen und stellen, nach übereinstimmenden Berichten der Australierreisenden, die geschicktesten Tierstimmenimitatoren dar. Ein Papagei oder ein Star können sich mit ihnen überhaupt nicht vergleichen! Leierschwänze, die nicht allzuweit von menschlichen Siedlungen leben, also Gelegenheit haben, allerhand „Kulturlärm“ zu vernehmen, hört man wie Hunde bellen, sie lassen menschliches Lachen oder Kindergeheul ertönen, das schon manchen Neuling in diesen Gebieten in Verlegenheit versetzte; selbst Rotorengelnetzer und Kreischen von Sägen ahmen diese „Tonkünster“ aufs trefflichste nach! Zur Brutzeit wird dieser Nachahmungstrieb noch härter; die brütenden Vögel vollführen dann den denkbar gräßlichen Lärm, so daß man riesige Scharen singender Vögel in den Wäldern vermuten könnte; dieses Massenzert wird jedoch nur von wenigen Leierschwänzen vollführt.

Joseph

1892

35

1927

Mit dem Aufstreben des vor 35 Jahren kleinen Ortes Schöneberg zur heutigen Millionenstadt hat mein Kaufhaus in der Entwicklung gleichen Schritt gehalten.

Melne durchgreifenden Einkaufsmethoden im Zusammengehen mit ersten großen Firmen bel nur allerersten Fabrikanten verbürgen unvergleichliche Leistungsfähigkeit.

Aus den gewaltigen Warenmengen nur guter Qualitätswaren einige Beispiele:

<h3>Seidenstoffe</h3> <p>Rips-Faconné elegante Kleiderware in modernen Farben Mtr. 2⁹⁵</p> <p>Taffet-Chiffon reine Seide, 90 cm br., Composé einfarb. und moderne kleine Karos . . . Mtr. 5⁸⁰</p> <p>Veloutine Seide mit Wollse, die große Mode, ca. 100 cm breit Mtr. 6⁹⁰</p>	<h3>Kleiderstoffe</h3> <p>Pulloverstoff Strickstoff-imitation Mtr. 58 Pf.</p> <p>Popeline doppeltbreit, reine Wollse, in vielen Farben Mtr. 1⁸⁵</p> <p>Rips-Popeline 130 cm breit, reine Wollse in neuen Herbstfarben Mtr. 3⁴⁰</p>	<h3>Mantelstoffe</h3> <p>Duchesse, reine Seide 2⁸⁰ für Futterzwecke besond. geeignet, 70 cm breit . . Mtr.</p> <p>Linden.-Chiffon-Velvet 3⁹⁰ elegante Kleiderware, floriest Mtr.</p> <p>Velour de laine ca. 140 cm breit, reine Wollse, der bewährte Wintermantel Mtr. 4⁸⁰</p>
---	--	---

<h3>Pullover für Damen, schwere Jacquard-Qualität mit Kragen u. Gürtel</h3> <p>6.95</p>	<h2>Damen-Konfektion</h2> <p>Taffet-Stil-Kleid flotte, jugendl. Form, reich in Rüschen u. seid. Rüschen-Garn. 19⁷⁵</p> <p>Nachmittags-Kleid aus gutem Crêpe de Chine, mit langem Arm 24⁵⁰</p> <p>Stil-Kleid Taffet, festsch., hochmod. Form, reich mit Gold-Metall-Einsatz u. Spitze 27⁵⁰</p> <p>Nachmittags-Kleid aus hochmod. Veloutine, Rock mit eingepiegten Falten, Bluse schmale Blusen 28⁵⁰</p>	<h3>Morgenrock</h3> <p>aus gutem baumwollenen Flausch mit abfärbiger Blende 3.50</p>
--	--	---

<h3>Damen-Hüte</h3> <p>Jugendl. Filzhut, gesteppt in modernen Farben 3⁹⁰</p> <p>Kleidsame Kappe aus Samt, sehr mit neuartig. Federgarn. 4⁹⁰</p> <p>Frauenhut aus Filz, große Kopfwerte, in allen Farben . . . 6⁹⁰</p> <p>Samtkappe festsch. jugendliche Fassung, zweifarbig 7⁹⁰</p> <p>Samtkappe flott gesteckt, mit seidenerm Bandrand u. Agraffe 8⁹⁰</p> <p>Hochmod. Hut neue Kombination von Filz und Samt . . 13⁵⁰</p>	<h3>Leib- und Hauswäsche</h3> <p>Taghemd Wäschetuch, hohe Qualität, mit Stickerei . . . 95 Pf.</p> <p>Hemd hose moderne Form, in vielen Ausführungen 1⁷⁵</p> <p>Komplett Knöpf. Seidem. breit. Spitze garniert, in vielen Farben 6⁷⁵</p> <p>Frottiertuch Größe 45/60, weiß mit roter Kante 65 Pf.</p> <p>Frottiertuch Größe 50/110, schwarze Qualität, mit Buchstaben 1⁷⁵</p> <p>Frottiertuch Größe 50/100, bes. schwere Qual., m. farb. Bord. 1⁹⁵</p>	<h3>Gardinen</h3> <p>Etamine f. Scheibengardin. aparte Streifen Meter 35 Pf.</p> <p>Etamine 150 cm breit, kariert Meter 60 Pf.</p> <p>Spannstoff doppelt breit, aparte Muster Meter 95 Pf.</p> <p>Halbstore arab.-farb. Teil mit langer Franse 6⁹⁰</p> <p>Künstler-Garnitur Figal und Behang mit hohem Volant . 9⁷⁵</p> <p>Madras-Garnitur dunkelgründig, Behang mit Perlfrausen 11⁵⁰</p>
--	--	--

Joseph Schöneberg, Hauptstraße 163

Jeder Käufer erhält ein Geschenk!
Beginn: Montag, den 19. September

<h3>Verkäufe</h3> <p>Wachhund (Schäfer) verkauft Klein. Wilhelmshafenstraße 22.</p> <p>Kleidungsstücke, Waschküch. Wasa getragene Kleidungsstücke, Emalyschüssel, Geschirrspülmaschine, Kaffeemaschine, Gabelbesteck, Gummimantel, Cutaway-Kuflüge, Teilrückenmatten, für jede Figur passende Spezialität: Wanduhr, sportliche Halbspern, Holztischlerstraße 4. erste Etage.</p> <p>Bericht von bediensteten Gesellschaften. Holztischlerstraße 4. Nord 428.</p> <p>Günstiger Bekleidungsverkauf. Große Taffel, Baden Nr. 9, Friedelstraße. Ueberbringer dieses erhält 30 Prozent.</p>	<h3>Verkauf</h3> <p>Valentinsmatrasen. "Prinzipal"-Matrasen, besten Aufbaumatrasen, Chaiselongues, Wälder, Stargarderstraße 42/43, Engelalderstr.</p> <p>Funkhühnchen Schlafzimmer, Ruhebetten, Schlafstellen, herabgelagerte Preise, Zahlungsvereinfachung. Kammerling, Rahnstrasse 56.</p> <p>Rur Kuchel. Badstraße 34. liefert beste Tischlerarbeit, keine Aufhängemöbel, auch unter Zahlungsvereinfachung frei Haus. Beim Kauf von 100,- an werden 3,- Autogeld vergütet. Warten Sie auf Hausnummer 24.</p> <p>Rur Kuchel. Badstraße 34 (Kaden). liefert Schlafstellen, mit Tisch, großer Ankleidebänkchen mit Spiegel, zwei Drehsessel mit Aufsatz, zwei Nachtschritte mit Marmor, eine Nachtschritte mit Spiegel für 245,-, 425,-, 475,- usw. Hausnummer achten.</p> <p>Rur Kuchel. Badstraße 34. liefert Ankleidebänkchen, Kommode, Drehsessel, 79,- mit Spiegel 98,-, 125,- usw. Englische Bettstellen mit Valentinsmatrasen, dreiseitige Auflagen, 49.50. Große Nachtschritte mit Spiegel 79,-, Nachtschritte 14.50. Apotheken 11.50. Hausnummer achten.</p> <p>Rur Kuchel. Badstraße 34. liefert Ruhebetten, nachgel. 57,-, Tischschemel, Garantiearbeit, 68,-, 120,-, Kullerbetten 9.75, 12,-, 18,-, Valentinsmatrasen 11,-, 14,-, Ausgehliche 29,-, 36,-, Wochentische 5.95, 6.75. Hausnummer achten.</p> <p>Rur Kuchel. Badstraße 34 (Kaden). liefert Speisestühle mit Vitreinenbüfett, Auswend. großen Aussichtstisch, edle Besenbüche, alles mit moderner Schnitzerei in bester Ausführung. 398,-, 475,- usw. Herrenzimmer, Wädherrschant, Diplomat, runder Tisch, edle Lederbüche, Lederstühle, 175,-, 395,- usw. Hausnummer achten.</p>	<h3>Verkauf</h3> <p>Schlafzimmer, Ankleidebänkchen 160 breit, beständig, schwere Ausführung, voll verarbeitet, komplett 425,-, Speisestühle, edle Tisch, 205,-, Herrenzimmer, komplett, edle Tisch, 285,-, Ankleidebänkchen, herbeiteilig, mit Vitreinen, lackiert und lackiert, 88,-, Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Saltestelle Stettiner Bahnhof.</p> <p>Gegenüber. Büfett 75,-, Umbauten 28,-, Aufbaum-Schreibtische mit Aufsatz 35,-, Kleiderbänkchen 18,-, Schreibtisch 15,-, Bettstellen 14,-, Nachtschritte mit Marmor 14,-, Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Saltestelle Stettiner Bahnhof.</p> <p>Aufbaumtische Herrenzimmer, Lederstühle, Lederstühle, herabgelagerte Preise, Zahlungsvereinfachung. Kammerling, Rahnstrasse 56.</p>	<h3>Verkauf</h3> <p>2.50 wöchentliche Zeitschrift. Erstklassige Fahrpläne. Kaberndhaus Ein. Schwanstraße 21.</p> <p>Gratifikation des Ohrs. Frankfurt a. M. Nr. 48. Bitte frei 250 bis 600 Personen. Kurat Ambros 4388.</p>	
<h3>Unterricht</h3> <p>Winters kaufmännische Privatstudien. Bismarckstr. Neue Bahnhofstraße 7a, im Bahnhof Steigau-Kommelobau. Ambros 2086, und Steigau-Alteisenstraße 123, Fernruf 106. Halbes. Schuljahr- und Privatstudien. Beginn Oktober. Schnelllebende Einzelstudien und Privatstudien monatlich und täglich beginnend. Anmeldung jederzeit.</p> <p>Radon's kaufmännische Privatstudien B. und Dr. W. Radon, Wilhelmstr. 49, nahe Leipzigerstraße, Tauentzienstraße 1, Alexanderplatz 50. - Am 6. und 10. Oktober beginnen besondere Privatstudien, halbjährliche und Jahreslehrgänge zur kaufmännischen Ausbildung für junge Herren und Damen mit einfacher oder höherer Schulbildung. - Schriftliche Anträge. - Schnelllebende Lehrgänge für Gewandte, Buchhalter, Buchführung für jeden Betrieb, Rechnung, Korrespondenz, Buchführung, Stenographie, Buchführung, Buchführung, Buchführung, Deutsch, Fremdsprachen, fremdsprachlich, Stenographie.</p>	<h3>Vermietungen</h3> <p>Mietgesuche 2-3-Zimmer-Wohnung, Boden oder Obergeschoss, bzw. Penton, Kleber- (Schönhausen oder Buchholz), per sofort oder 1. Oktober 1927 bezugsbar, gegen Kautionen gesucht. Angebote unter A. 1 an die Expedition dieses Blattes.</p> <p>Arbeitsmarkt Großhändler sucht energiegelichen Werksmeister mit etwas Kenntnis im Rechnen. Es kommen nur Herren in Frage, die ähnliche Stellungs in gleichen Betrieben innehaben. Offerten erbeten an Otto Schulz, Neue Königstraße 33.</p>	<h3>Instrumente</h3> <p>Wickelplano. teilweise Kaufmannsrechnung. Preisliste. Fernr. Hauptstraße 1. Ed. Grunowstraße 30.</p> <p>Wianos. Flügel, neu und gebraucht, beste Ausführung, langjährige Garantie. 50,- monatlich, verkauft Augenbild. Hühnerstraße 81.</p> <p>Violinplano. überaus preiswert. Wianos. Edelholz. Brunnenstraße 33.</p>	<h3>Kaufgesuche</h3> <p>Rohmaterial. Eichenholz, Rinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christian, Rappenerstraße 29 (Kochstraße).</p> <p>Wianos. Flügel, neu und gebraucht, beste Ausführung, langjährige Garantie. 50,- monatlich, verkauft Augenbild. Hühnerstraße 81.</p>	<h3>Verschiedenes</h3> <p>Herrenzimmer. Kaufmann, Unterfuchung (Kaufmann). Frau Erdmann, Rappenerstraße 33, redier Herdenaufgang 1. Treppe. Rühr Schießfah. Grüter Bahnhof.</p> <p>Wianos. Flügel, neu und gebraucht, beste Ausführung, langjährige Garantie. 50,- monatlich, verkauft Augenbild. Hühnerstraße 81.</p>
<h3>Tüchtige Heizungsleute</h3> <p>stellt zur Beschäftigung in Ost- und Westpreußen ein</p> <p>David Grove A.-G. Allenstein, Moltestrasse 8</p>				